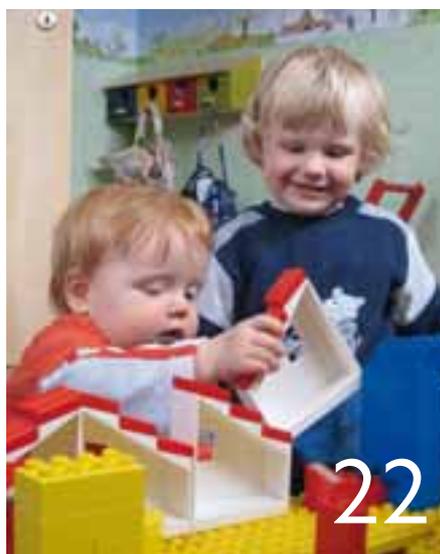


Grenzenlos sozial ...

EU-Förderprogramme und die Praxis





Editorial 3

Thema

Grenzenlos sozial ...
EU-Förderprogramme und die Praxis

Europa ist für alle da	4
Grenzenlose Gesundheit	5
„Man muss mit der Wurst nach dem Schinken werfen können“	8
Rheumapatienten in Bewegung	8
„Ein Koch muss die Welt gesehen haben“	10
Berufsbezogene Maßnahmen zur Stärkung der Sprachkompetenz	11
„Vielen ist es egal, dass Kinder sterben“	12
Aktion Mensch unterstützt Aufbauarbeit	13
Arbeiten in Europa – da gibt’s viele Fragen	14
Wohlfahrt im Wettbewerb	15
Der ESF macht vieles möglich	16
Aufbruch in Weißrussland	17
Deutsch-polnische Zusammenarbeit	19

Verbandsrundschau

Zwischen Alltag und Visionen	20
Dr. Wilma Simon ist neue Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg	20
Nachruf zum Tod von Konstantin Engels	20
Workshop zur Sprachförderung	21
Zehn Millionen von der ARD-Fernsehlotterie	21
Dank an Bundespräsident Köhler	21

Sozialpolitik

„Gerechtigkeit für alle Kinder schaffen“	22
„Wir steuern auf eine neue Altersarmut zu“	22
Kostensparend durchs System	23
Rückschlag für den Integrationsdiskurs	24
Resozialisierung statt schärferen Strafrechts	25
Streit um Finanzierung von Schulabschlüssen	25

Forum

Musik mit allen Sinnen erleben	26
Finanzen für den sozialen Bereich	27
Aktionsprogramm „Aktiv im Alter“	28
Ehemalige Heimkinder fordern Gerechtigkeit	28
Chancengerechtigkeit bleibt ein Thema	29
KfW hilft beim Energiesparen	30
Leserbrief	30
Ein neues Zuhause bei Undine	31
Konferenz: Prävention gegen häusliche Gewalt	32

Porträt

Gerd Häuser, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V.	33
---	----

lesen · hören · surfen 34

Rezensionen 35

Impressum 35

was · wann · wo 36

Dr. Ulrich Schneider,
Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen
Gesamtverbandes



Liebe Leserinnen und Leser,

Mit den Europa-Verhandlungen sei es „wie mit dem Liebespiel der Elefanten“, soll Willy Brandt gesagt haben, „alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf – und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt.“ Im vergangenen Jahr konnte die Europäische Gemeinschaft ihren 50. Geburtstag feiern – und hat damit die durchschnittliche Lebenserwartung eines Elefanten bereits um zehn Jahre übertroffen. Doch trotz gelegentlich unterstellter Behäbigkeit und kritisierte „elefantöser“ Regulierungswut der Brüsseler Bürokratie kann man nicht behaupten, sie sei „in die Jahre“ gekommen, im Gegenteil: Sie hat mit den Jahren deutlich an Tempo aufgenommen.

Europäisches Recht bestimmt unsere Lebensbereiche in wachsendem Ausmaß. Das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Handelsgesetzgebung, es gilt zunehmend aber auch für den Bereich der Sozialen Arbeit. Denn die Mehrheit der sozialen Probleme der Gegenwart kennt keine Ländergrenzen: Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und demografischer Wandel sind gesamteuropäische Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Europa eröffnet „grenzenlose“ Möglichkeiten und Chancen.

Doch was auf nationaler Ebene gilt, gilt auf dem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt verschärft: Nicht jeder hat gleiche Chancen. Nicht jeder ist mobil, flexibel und kann partizipieren – ohne Unterstützung.

Die europäische Dimension gewinnt daher auch für den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen mehr und mehr an Bedeutung. Es geht um die grenzüberschreitende Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger, um die Sicherstellung und den Ausbau sozialer Dienstleistungen – und vor allem darum, die Teilhabemöglichkeiten einkommensarmer oder benachteiligter Menschen auch auf europäischer Ebene auszubauen und zu verbessern.

Das vorliegende Heft illustriert anschaulich, welche Rolle Europa schon heute für die Arbeit unseres Verbandes spielt, und zwar nicht nur im abstrakten „Elefanten-Dschungel“ europäischer Rechtsregularien, sondern auch ganz konkret in der Praxis. Da sind die zahlreichen Projekte und Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden. Da ist die grenzüberschreitende Patientenorganisation,

die sich als Interessenvertretung für mehr Möglichkeiten der Mobilität und damit Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten einsetzt. Da ist die Hilfe beim Auf- und Ausbau von Präventions- und Hilfestrukturen im Kampf gegen HIV in Osteuropa. Und da ist, nicht zuletzt, das Paritätische Europabüro Ostthüringen, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, „Europa erfahr- und erlebbar zu machen“ und Informationen, Beratung, Qualifizierungsangebote für Vereine und Unternehmen, aber auch für Einzelpersonen bietet.

Die Beiträge zeigen exemplarisch, wie ein „soziales Europa“ aussehen kann und machen gleichzeitig deutlich, dass noch ein langer Weg vor uns liegt. Europa als gemeinsamer Raum von Freiheit und Solidarität, von Sicherheit und Teilhabe ist eine Vision, für deren Verwirklichung sich der Paritätische auch in Zukunft engagiert und grenzüberschreitend einsetzen und – wenn es sein muss – auch einmal gehörig „Staub aufwirbeln“ wird. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr Ulrich Schneider

Europa ist für alle da

Das Soziale in der EU stärken

Welche Telefonnummer hat eigentlich Europa, soll der amerikanische Außenminister Henry Kissinger einst gefragt haben. Seitdem hat der Prozess der europäischen Integration erheblich an Fahrt gewonnen. Um Kissingers Frage zu beantworten, reicht eine Nummer allein längst nicht mehr aus. Dazu bräuchte es heute ein ganzes Telefonbuch.

Die Europäische Union umfasst inzwischen 27 Mitgliedstaaten mit fast 500 Millionen Einwohnern. Der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum ist fast vollständig verwirklicht. Gleichzeitig gewinnt die Europäische Union auch als politische Gemeinschaft an Profil und beeinflusst das Leben in den Mitgliedstaaten auch im Alltag – von der Festlegung der zulässigen Krümmung einer Gurke (maximal 10 Millimeter auf 10 Zentimeter, so die Europäische Gurkenverordnung) über Höchstpreise für Mobilfunkgespräche ins Ausland bis zum Recht auf eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung.

Nach einer Schätzung des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog haben 80 Prozent der in Deutschland wirksamen Rechtsakte einen europäischen Hintergrund. Die Europäische Union beeinflusst damit nicht nur die Wirtschaft und Politik, sondern auch Kultur und Gesellschaft. Ihre Bedeutung wächst, und das betrifft auch die sozialen Organisationen und Initiativen in Deutschland. Umso wichtiger ist es, die Entwicklungen auf europäischer Ebene zu beobachten und mitzugestalten. Dabei ist ein hohes Maß an Übersetzungsarbeit zu leisten. Das liegt nicht nur an den 23 verschiedenen Amtssprachen der EU und den sich daraus ergebenden 506 Sprachkombinationen, sondern auch an den verschiedenen Traditionen in den Mitgliedstaaten.

Die Freie Wohlfahrtspflege, wie sie in Deutschland besteht, ist in Europa einzigartig, weil jeder Staat eine eigene soziale Kultur entwickelt hat. Das gilt auch und besonders für die Vielzahl

der verschiedenen Organisationen und Initiativen, die unter dem Dach des Paritätischen vereint sind. Auch im Paritätischen wird deshalb Übersetzungsarbeit geleistet. Die nicht immer einfach nachzuvollziehenden Vorgaben der europäischen Ebene müssen übersetzt, interpretiert, geprüft und dargestellt werden. Dabei ist in beide Richtungen „Übersetzungsarbeit“ zu leisten. Die Vorgaben und Pläne aus Straßburg und Brüssel sind zu berücksichtigen. Gleichzeitig muss das Verständnis für die Anliegen des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen gefördert und die Vertretung dieser Interessen gegenüber den europäischen Organen sichergestellt werden.

16.000 Lobbyisten wetteifern miteinander

Der Einfluss eines einzelnen, nationalen Verbandes ist auf europäischer Ebene zwangsläufig gering. Um die Aufmerksamkeit der etwa 40.000 Beschäftigten der Kommission wetteifern etwa 16.000 Lobbyisten mit zum Teil erheblichen wirtschaftlichen Mitteln. Mit ihnen kann und will der Paritätische nicht in einen Wettlauf um den Einsatz von Ressourcen eintreten, sondern um Kreativität, Engagement und Fachkompetenz – Ressourcen, die im Verband und seinen Mitgliedsorganisationen reichlich vorhanden sind. Auf diese Weise ist es dem Paritätischen unter anderem gelungen dazu beizutragen, dass das umstrittene Herkunftslandprinzip, welches erhebliche Rechtsunsicherheiten für Einrichtungen, Dienste und vor allem für die Menschen zur Folge gehabt hätte, aus der Dienstleistungsrichtlinie gestri-

chen wurde. Bei der Bekämpfung realitätsfremder Vorgaben und unnötiger Bürokratie bleibt der Paritätische auch auf europäischer Ebene „am Ball“.

Dabei arbeitet er mit anderen Verbänden und Institutionen partnerschaftlich zusammen und fördert die internationale Vernetzung – mit Erfolg.

Rechtsfragen gewinnen immer mehr an Bedeutung

Europaarbeit im Paritätischen bedeutet darüber hinaus, über Möglichkeiten und Bedingungen einer Förderung zu informieren und zu beraten. Dazu arbeitet der Paritätische mit der Bank für Sozialwirtschaft (BfS) zusammen und vermittelt Zugänge zum Europäischen Förderinformationssystem der BfS.

Rechtsfragen im Zusammenhang mit europäischen Regelungen gewinnen ebenfalls an Bedeutung. Dies betrifft die Dienstleistungsfreiheit im In- und Ausland ebenso wie die Diskussion um die Zulässigkeit staatlicher Beihilfen an soziale Dienste und Einrichtungen.

Wie umfangreich die europäischen Vorgaben sind, die es inzwischen zu berücksichtigen gilt, ist selbst für viele Praktikerinnen und Praktiker überraschend. Vielen fehlt – verständlicherweise – die Zeit, sich mit europäischen Vorgaben zur Transparenz wirtschaftlicher Tätigkeiten oder zum Verbraucherschutz zu befassen. Hier Wichtiges von Unwichtigem zu trennen, zu informieren und zu beraten, ist eine Aufgabe, die künftig noch an Bedeutung zunehmen wird.

Politisch steht der Paritätische auch in Europa dafür, Armut und Ausgrenzung vermeiden zu helfen und gesell-

schafftliche Teilhabe zu fördern. Der Erhalt und der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ist dazu unerlässlich.

Den sozialen Zusammenhalt fördern

Europa ist auch eine Chance, diese Ziele weiter voranzubringen, denn Europa schafft nicht nur Regeln und setzt Grenzen, sondern widmet sich zunehmend der Förderung des sozialen Zusammenhalts. Die Europäische Grundrechtecharta, die mit dem vorliegenden EU-Reformvertrag rechtskräftig werden soll, enthält erstmals auf europäischer Ebene persönliche, politische und soziale Rechte. Das Recht auf Bildung gehört ebenso dazu wie das Recht

zu arbeiten und das Recht auf Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Wird der Vertragstext durch die Mitgliedstaaten angenommen, wovon auszugehen ist, hat die Europäische Union einen großen Schritt hin zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts getan und nicht zuletzt dazu beigetragen, Europa zu einem Raum des Friedens und der Sicherheit zu machen. Europa ist längst mehr als ein gemeinsamer Markt, es ist auch eine Chance für die Weiterentwicklung der Wohlfahrt insgesamt.

Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung machen ebenso wenig an Grenzen halt wie der demografische Wandel. Die europäischen Staaten stehen

vor ähnlichen Herausforderungen, die es gemeinsam unter Anerkennung der nationalen Besonderheiten anzugehen gilt. Es gilt, die vielen Paragraphen und Absichten, die der Entwicklung eines sozialen Europas gewidmet sind, mit Leben zu füllen. Europa, soviel steht fest, wird auch in Zukunft ein Thema im und für den Paritätischen sein.

Joachim Rock

Referent für Grundsatz- und
Europafragen beim
Paritätischen Gesamtverband

Grenzenlose Gesundheit

Der Paritätische in NRW macht sich stark für europäische Patienten

Im Länderdreieck Deutschland, Belgien, Niederlande ist das vereinte Europa für viele Menschen schon lange Alltag. Etliche Aachener wohnen im niederländischen Vaals und pendeln täglich über die Grenze zur Arbeit, am Wochenende wandern Deutsche auf der belgischen Seite durchs Hohe Venn, während Niederländer das malerische Eifelstädtchen Monschau besuchen. Zunehmend gewinnen aber auch andere Motive an Bedeutung, um ins Nachbarland zu fahren. Es geht um die Gesundheit.

Viele Menschen aus Belgien, die an einer psychischen Erkrankung leiden, kommen nach Aachen, weil es hier mehr Selbsthilfegruppen gibt und sie sich in Deutschland besser beraten fühlen“, sagt Merete Menze, Geschäftsführerin der Paritätischen Kreisgruppe Region Aachen. „Umgekehrt haben wir hier in

Deutschland vom Informationsaustausch der Paritätischen Krebsberatungsstelle mit den Niederländern profitiert. Dabei wurde vor einigen Jahren festgestellt, dass hier in Deutschland zur Brustkrebsdiagnose noch Röntengeräte eingesetzt wurden, die nicht den neuen europäischen Standards entsprachen“, erinnert sich Merete

Menze, die sich seit vielen Jahren für eine grenzenlose Gesundheitsversorgung engagiert. Sie ist Sprecherin von Selfhelp EMR, einem Netzwerk, das vor 20 Jahren von Selbsthilfeorganisationen aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden gegründet wurde, um Informationen zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung



In grenznahen Regionen ist die Klinik oder Arztpraxis im Nachbarland oft die am schnellsten zu erreichende. Doch noch müssen mobile Patienten so manche Hürde überwinden.

Foto:
Paul-Georg Meister | Pixelio

zusammenzutragen und Erfahrungen auszutauschen (www.sefhelp-emr.eu). EMR steht dabei für Euregio Maas-Rhein, eine der vier länderübergreifenden Regionen im Grenzgebiet zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien. Darüber hinaus engagiert die Kreisgruppenschäftsführerin des Paritätischen sich im Vorstand von EPECS (European Patients Empowerment For Customised Solutions), einer Stiftung, die von Akteuren des Paritätischen Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und der niederländischen Partnerorganisation Zorgbelang gegründet wurde. Ziel der Stiftung ist es, die grenzüberschreitende Kooperation von PatientInnen- und Selbsthilfe-Organisationen in den europäischen Regionen zu fördern und die Rechte der Patientinnen und Patienten zu stärken. (Siehe Kasten S. 7). Gerade für Menschen mit seltenen Erkrankungen sei der Austausch über Grenzen hinweg oft die einzige Möglichkeit, überhaupt andere Betroffene und Gleichgesinnte für Selbsthilfeaktivitäten zu finden, betont Merete Menze. Doch nicht nur für die Selbsthilfe-Initiativen ist die europäische Kooperation bedeutsam. Für viele Menschen in den Grenzregionen Nordrhein-Westfalens führt der nächste und schnellste Weg zum Arzt oder ins Krankenhaus eigentlich ins Nachbarland. So gehen inzwischen einige Patientinnen und Patienten aus Kleve, Emmerich oder Goch zur Behandlung ins niederländische Universitätskrankenhaus in Nijmegen, das für sie viel näher ist als Kliniken in Duisburg oder Düsseldorf. Umgekehrt kommen nie-



„Rheuma kennt keine Grenzen“ hieß es auf dem Bundesjugendtreffen der „Jungen Rheumatiker“ im Oktober in Köln (Siehe auch Seite 8)
Foto: Ulrike Issterstedt

derländische Patienten zu deutschen Ärzten, weil sie im eigenen Land unzumutbar lange auf einen Behandlungstermin warten müssten.

Häufig jedoch wissen Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen nur wenig über die Möglichkeiten und die Hürden in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Nur wenige sind darüber informiert, welche medizinischen Leistungen im Nachbarland ihre Kassen finanzieren, unter welchen Umständen sie das tun und wieviel grenzüberschreitende Patienten gegebenenfalls selbst zuzahlen müssen. Das hält viele Menschen mitten in Europa davon ab, eine Grenze zu überqueren, die in anderen Lebensbereichen nur noch wenig Bedeutung hat.

Um dem zu begegnen hat der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW nicht nur EPECS mitgegründet, sondern zusammen mit seiner Kreisgruppe Kleve und der niederländischen Partnerorganisation Zorgbelang Gelderland das Euregionale Selbsthilfebüro in Kleve gegründet. Dort sammelt Pia Pieper, die Deutsch und Niederländisch spricht, alle möglichen Informationen zum Thema Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung, gibt sie an interessierte Patienten weiter und vermittelt Kontakte zu den unterschied-

lichsten PatientInnen- und Selbsthilfegruppen. Das beim Paritätischen in Kleve angesiedelte Büro ist Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, die Fragen zur gesundheitsbezogenen Selbsthilfe haben und in der Grenzregion Hilfe suchen. Finanziert wird es vom Paritätischen in Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung von Krankenkassen und Interreg-Mitteln der EU. „Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Unterschiede in den Gesundheitssystemen für die Menschen transparent zu machen und den Druck auf Politik, Gesundheitsdienstleister und Versicherer zu erhöhen, den berechtigten Belangen der Patientinnen und Patienten einen größeren Stellenwert zu geben“, sagt Diplom-Sozialpädagogin Pia Pieper.

Davon profitiert auch die Selbsthilfegruppe für Schlaganfallbetroffene und Angehörige im Kreis Kleve, die mit dem Euregionalen Selbsthilfebüro schon seit einiger Zeit in Kontakt steht. „Wir treffen uns alle zwei Monate mit Aktiven aus der niederländischen Selbsthilfegruppe Samen Verder zum Erfahrungsaustausch. Und die Niederländer kommen auch zu unseren Vorträgen“, sagt Franz Crom, Sprecher der Selbsthilfegruppe in Kleve. Vor zwölf Jahren erlitt er einen Schlaganfall. „Ich

Kontakt

Euregionales Selbsthilfebüro,
Pia Pieper,
Der Paritätische im Kreis Kleve,
Emmericher Str. 109,
47533 Kleve,
Tel.: 0 28 21/7 80 00,
Fax: 0 28 21/9 13 66,
E-Mail: selbsthilfe-kleve@paritaet-nrw.org,
www.selbsthilfenetz.de.

konnte gar nichts mehr: weder sprechen noch sitzen. Die Ärzte hatten mich schon aufgegeben“, sagt der 67-Jährige. Doch mit Hilfe seiner Frau Maria hat er vieles wieder neu gelernt und engagiert sich jetzt in der Selbsthilfe-Bewegung. „Wenn man in Holland einen Schlaganfall hatte, bekommt man im Krankenhaus anders als hier in Deutschland nicht gleich den Hinweis, nach dem Klinikaufenthalt in eine Reha zu gehen. Da erhält man erstmal Infos über Selbsthilfegruppen, denen man sich anschließen kann“, sagt der ehemalige Journalist, der über seine Krankheit ein Buch mit dem Titel „gekämpft und gewonnen“ geschrieben hat, das dieses Jahr erscheinen soll.

Auf internationale Kooperation setzt auch Ute Fischer, Geschäftsführerin

des Borreliose und FSME Bund Deutschland e.V. (BFBD), einer Organisation, die die Interessen von Menschen vertritt, die unter von Zecken übertragenen Krankheiten wie der Borreliose leiden. „Die Borreliose ist in den Niederlanden genauso verbreitet wie bei uns, aber das Wissen der Ärzte über die Erkrankung, ihre Diagnose und die richtige Behandlung ist dort noch viel schlechter als in Deutschland, und selbst hier kann man es nicht als gut bezeichnen“, sagt Ute Fischer. Oft müssten Patienten in den Niederlanden Monate warten, ehe sie überhaupt einen Arzttermin bekämen. „Wenn sie es sich leisten können, kommen sie nach Deutschland, um sich hier privat behandeln zu lassen. Und dann wollen sie natürlich wissen, ob wir einen Arzt empfehlen können.“

Kontakt

Borreliose und FSME Bund Deutschland e.V. (BFBD),
Postfach 4150,
64351 Reinheim,
Tel. 0 61 62/96 94 43,
E-Mail: info@borreliosebund.de,
Internet: www.borreliosebund.de,
Internetforum: www.borrelioseforum.de.

Nicht nur mit der niederländischen Selbsthilfegruppe von Borreliose-Betroffenen pflegt Ute Fischer den Erfahrungsaustausch. „Wir haben auch Kontakte zu Schweizern, Schweden, Norwegern, Franzosen und Engländern.“ Der Kampf gegen die Borreliose, so Ute Fischer, müsse international geführt werden. Ulrike Bauer

European Patients Empowerment for Customised Solutions

„Die Grenzregionen sind Laboratorien eines künftigen Europas. Ein Viertel der Bevölkerung Europas lebt in Grenzregionen“, sagt EPECS-Mitbegründer und Stiftungsvorsitzender Klaus Bremen, Fachgruppenleiter für Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe beim Paritätischen Landesverband Nordrhein-Westfalen. „Bisher haben sich Kooperationen im Gesundheitswesen größtenteils auf Krankenhäuser, Ärzte und Krankenkassen beschränkt“, kritisiert Bremen. Die Patienteninteressen seien dabei weitestgehend außen vor geblieben. Ihnen müsse im Zuge der Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung viel mehr Gewicht gegeben werden. „Die Patienten und Patientinnen sind die ersten Stakeholder des Gesundheitssystems und müssen in einem vereinten Europa deutlich mehr Rechte haben, als das derzeit der Fall ist. Sie müssen ihre Freiheit und Wahlfreiheit nutzen können“, fordert der EPECS-Vorsitzende.

EPECS engagiert sich unter anderem für Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern in allen Fragen der Gestaltung der Gesundheitsversor-

gung und für eine stärkere Patientenorientierung im Gesundheitswesen. Zentrale Themen sind dabei unter anderem der uneingeschränkte Zugang zu einer qualitativ guten gesundheitlichen Versorgung und eine lückenlose Versorgungskette. Als Voraussetzung für eine grenzüberschreitende Nutzung von Gesundheitsleistungen sieht EPECS die Transparenz der Versorgungsqualität und der Nutzungsbedingungen. „Auch wenn Menschen zu Patienten werden, möchten sie als mündige Bürger behandelt werden und nicht zu unmündigen Objekten in Entscheidungen von Expertinnen und Experten degradiert werden“, sagt Bremen.

„Wir sind keine abgehobene Lobbyorganisation, sondern argumentieren vor dem Hintergrund konkreter Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Euregios und aus unserer Kenntnis von den Interessen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger“, betont der 56-jährige Sozialwissenschaftler. Demnächst stehe eine Positionierung der EU-Kommission zur grenzüberschreitenden Versorgung an, betont

Bremen. „Da die EU-Kommission unter anderem das Thema PatientInnen-Mobilität in den Mittelpunkt gestellt hat, sind wir zuversichtlich, dass unsere Sichtweisen dort Beachtung finden.“

Mit konkreten Projekten will EPECS die Selbst- und Mitbestimmungsrechte der Patientinnen und Patienten stärken. Dazu gehören auch eine mobile Patientenakademie, ein neues Projekt, in dessen Rahmen Fallgeschichten von Grenzgängern zu gesundheitlichen Themen gesammelt und die Bedürfnisse von Patienten erhoben werden, sowie die Beteiligung an einem Projekt zur Eindämmung multiresistenter Keime (MRSA). 2008 soll zudem eine Broschüre über die Rechte als europäischer Patient erscheinen.

Kontakt:

European Patients Empowerment For Customised Solutions (EPECS),
Der Paritätische NRW,
Loher Straße 7, 42283 Wuppertal,
Tel.: 02 02/28 22 430,
www.epecs.org,
www.selbsthilfenetz.de.

Rheuma-Patienten in Bewegung

Um die Interessen rheumakranker Menschen europa- und weltweit zu vertreten, arbeitet die Deutsche Rheuma-Liga in mehreren internationalen Organisationen mit. Eine davon ist EULAR, die European League against Rheumatism (Europäische Liga gegen Rheumatismus). Sie ist ein Zusammenschluss wissenschaftlicher Fachgesellschaften in der Rheumatologie und bezieht auch Selbsthilfeorganisationen ein.

Außer den großen EULAR-Kongressen gibt es APOM-Treffen (Arthristis Patients on the Move). In ihnen wollen Vertreterinnen und Vertreter europäischer Patientenorganisationen gemeinsam erreichen, dass sich die Gesundheitspolitik europaweit verstärkt der Probleme rheumakranker Menschen annimmt und sich auch mit den sozialen Auswirkungen der Erkrankungen auseinandersetzt. Beim jüngsten APOM-Treffen in Litauens Hauptstadt Vilnius tauschten sich VertreterInnen von Patientenorganisationen aus 27 Ländern über Unterschiede in der Versorgung von Rheumakranken und Anforderungen an eine gute Kommunikation zwischen PatientInnen- und ÄrztInnen aus.

„Rheuma kennt keine Grenzen – Jung sein mit Rheuma hier und nebenan“ hieß das Motto des Bundesjugendtreffens der Deutschen Rheuma-Liga im Oktober in Köln. TeilnehmerInnen kamen aus Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz. Themen waren unter anderem Hilfen für behinderte ArbeitnehmerInnen und die Situation von Studierenden mit Rheuma.

Kontakt:

Deutsche Rheuma-Liga,
Tel.: 02 28/76606-0,
E-Mail: bv@rheuma-liga.de,
www.rheuma-liga.de.

Man muss mit der Wurst nach dem Schinken werfen können...

Tilo Liewald berät in Fragen der EU-Förderpolitik

„Man muss mit der Wurst nach dem Schinken werfen können, um ihn vom Haken runterzuholen“, sagt Tilo Liewald. „Ein Verband oder Träger einer sozialen Einrichtung sollte schon über genügend Eigenmittel verfügen, wenn er ein neues Projekt mit Fördermitteln der Europäischen Union finanzieren will.“ Der Geschäftsführer der Paritätischen Akademie berät seit zehn Jahren Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Landesverbandes Berlin in EU-Förderfragen. Seit zwei Jahren ist der 47-Jährige auch auf Gesamtverbandsebene aktiv: Er versorgt vor allem die EU-Referentinnen und Referenten der paritätischen Landesverbände mit wichtigen Informationen, die sie benötigen, um Mitgliedsorganisationen in Sachen EU-Förderpolitik beraten zu können.

[Herr Liewald, 2007 hat die neue Förderperiode der Europäischen Union begonnen, die bis 2013, also sieben Jahre dauert. 975 Milliarden Euro sind in diesem Zeitraum für die unterschiedlichsten Förderprogramme eingeplant. Wie können Mitgliedsorganisationen des Paritätischen davon profitieren?](#)

Tilo Liewald: Zunächst ist wichtig zu wissen: Von den insgesamt 975 Milliarden Euro fließt der Großteil in die Bereiche „Natürliche Ressourcen“, also in Landwirtschaft und Umwelt, sowie in „Nachhaltiges Wachstum“, das sind Wettbewerbsfähigkeit und wissensbasierte Wirtschaft. Deutschland stehen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für den Zeitraum von sieben Jahren zirka 9,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Über einen bestimmten Verteilungsschlüssel wird dieses Geld direkt in den einzelnen Bundesländern verwaltet. Daran können auch Mitgliedsorganisationen des Paritätischen partizipieren.

Hinzu kommen noch einmal etwa eine Milliarde Euro, die direkt von der Europäischen Kommission in Brüssel an gemeinnützige Nichtregierungsorganisationen (NRO) vergeben werden. Im Vordergrund steht dabei die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit, der Menschenrechte, der Demokratie und insbesondere der humanitären Hilfe – dafür sind zirka

400 Millionen Euro vorgesehen. Andere wichtige Bereiche sind Soziales mit rund 70 Millionen Euro, Bildung mit etwa 50 Millionen Euro und Umwelt. Um davon etwas zu erhalten, müssen die Projekte der politischen Schwerpunktsetzung der EU entsprechen. Ziel der EU-Förderpolitik ist die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Dazu gehören wirtschaftsnahe Förderungen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen sowie die Unterstützung von Unternehmensgründungen. Aber auch die Verstärkung der Anstrengungen zur Etablierung einer Kultur des lebensbegleitenden Lernens mit einem besonderen Fokus auf Jugendliche im Übergang von der Schule in eine Ausbildung.

Gefördert werden soll auch ein besserer Arbeitsmarktzugang von Personen mit besonderen Integrationsproblemen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Chancengleichheit von Männern und Frauen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zielgruppen sind vorwiegend benachteiligte Jugendliche, MigrantInnen sowie Personen in besonderen Lebenslagen, Langzeitarbeitslose oder ältere Arbeitnehmer.

[Welche Förderprogramme sind für unsere Mitgliedsorganisationen besonders wichtig?](#)



Tilo Liewald, Geschäftsführer der Paritätischen Akademie und Experte in Fragen der EU-Förderpolitik

Tilo Liewald: Neben dem Europäischen Sozialfonds auf der Ebene der jeweiligen Bundesländer gibt es zwei große Aktionsprogramme der Europäischen Kommission: das Programm „Lebenslanges Lernen“, das mehrere Unterprogramme hat. Eines heißt Leonardo da Vinci für die berufliche Bildung – es fördert Auslandsaufenthalte ebenso wie europäische Projekte, die neue Ansätze in der beruflichen Bildung verbreiten. Ein weiteres heißt Grundtvig und betrifft die Erwachsenenbildung besonders für ältere ArbeitnehmerInnen – es unterstützt unter anderem Lernpartnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen und fördert zukünftig auch die individuelle Mobilität von Beschäftigten. Zudem gibt es noch Comenius für Schulen und Erasmus für Hochschulen.

Das zweite große Programm heißt „Jugend in Aktion“. Darüber werden vor allem Projekte unterstützt, bei denen junge Menschen aktiv und direkt von ihnen selbst konzipierte Projekte ausführen, deren Hauptakteure sie sind, aber auch Jugendaustauschprogramme und Vernetzungsaktivitäten im Jugendbereich bis hin zum Europäischen Freiwilligendienst. Dazu kommen immer wieder kleinere, manchmal auch sehr kurzfristige Programme der Europäischen Kommission oder von Bundesministerien, die mit „europäischem“ Geld ausgestattet sind. Mit denen testet Brüssel unter anderem neue Förderschwerpunkte aus und sammelt Erfahrungen.

Wo müssen Interessierte die Fördermittel beantragen?

Tilo Liewald: Das ist sehr unterschiedlich. Drei Viertel der Fördermittel werden über die Mitgliedstaaten der EU verteilt. Das geschieht in Deutschland über Koordinierungsstellen oder Serviceagenturen auf der Ebene der Bundesländer, die in der Regel bei den Fachministerien angesiedelt sind. Das restliche Viertel wird direkt von der EU-Kommission vergeben. Da müssen die teilweise recht umfangreichen Förderanträge entweder bei der Kommission in Brüssel eingereicht werden oder bei den Büros der nationalen Koordinierungsstellen.

Das klingt ziemlich kompliziert!

Tilo Liewald: Zumindest bei den ersten Schritten ist es das auch. Darum unterstützt der Paritätische seine Mitgliedsorganisationen dabei, den richtigen Weg zu finden, um EU-Fördermittel zu erhalten. Die zuständigen Fachreferentinnen und -referenten der Landesverbände und ich liefern Informationen, was an aktuellen

Programmen aufgelegt wird, welche Termine und Besonderheiten zu beachten sind und wer die zuständige Beratungs- und Antragsstelle ist. Außerdem beraten wir Interessenten, welche Programme für ein angestrebtes Projekt infrage kommen.

Der Paritätische ist darüber hinaus auch Mitbetreiber der Datenbank EUFIS (Europäische Förderinstrumente) der Bank für Sozialwirtschaft, über die vor allem Landesverbände und Regionalstellen eine Vielzahl von Informationen abrufen. Diese kostenpflichtige Datenbank steht aber auch jedem anderen zur Verfügung.

Wie hoch ist denn die Anerkennungsquote von Förderanträgen?

Tilo Liewald: Sie schwankt erheblich – oft zwischen 1:10 und 1:100. Es gibt eben keinen Rechtsanspruch auf eine Förderung, sondern man lässt sich auf einen europäischen Wettbewerb mit meist ebenso kompetenten Mitbewerbern ein. Die Dauer von der Projektidee über die Antragstellung bis zur Bewilligung ist ebenfalls sehr unterschiedlich: Man sollte schon zwischen sechs Monaten und anderthalb Jahren einplanen. Nach der Projektbewilligung gibt es das Geld in Raten. Das heißt, die Projektträger müssen nicht unerheblich in Vorleistung gehen. Wobei eine Vollfinanzierung die absolute Ausnahme ist. Im Regelfall werden 50 bis 85 Prozent der Projektkosten übernommen. Der Rest muss aus Eigenmitteln bestritten werden. Das sollten die Träger wissen, wenn sie auf EU-Fördermittel hoffen.

Um das eingangs zitierte Bild von der Wurst und dem Schinken noch mal aufzugreifen: Brot und Butter sollte man schon mitbringen, die EU-Förderung kann allenfalls die Wurst obendrauf sein. Für viele kleinere Initiativen, die sich gerade so über Wasser halten können, sind die EU-Fördertöpfe sehr hoch gehängt, aber auch nicht unerreichbar. Manchmal bietet sich zum Beispiel die Möglichkeit, mit größeren Trägern zu kooperieren, die bereits seit längerer Zeit Erfahrung mit der EU-Förderung haben.

Ulrike Bauer



Drei frisch gekürte Euro-Gastronomen: Erhan Arslan, Gisa Goldstein und John Harder (von links)
Foto: Matthias Rühl

„Ein Koch muss die Welt gesehen haben“

Die Berliner kiezküchen bilden auch im Ausland aus | Förderung durch ESF

In den Berliner kiezküchen werden benachteiligte Jugendliche zu Euro-Gastronomen ausgebildet. Sie haben dann gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Mehr als 70 Prozent haben bisher nach der Ausbildung eine Stelle gefunden.

Gisa muss sich erst mal keine Sorgen mehr machen. Stolz und glücklich zeigt sie ihr Zeugnis, das sie gerade bekommen hat. Gisa Goldstein ist jetzt Euro-Gastronomin. Ihre Leistungen während der Lehre waren so gut, dass sie die Prüfungen ein halbes Jahr vorziehen konnte. Und einen Job hat sie auch schon. In einem Fünf-Sterne-Hotel auf Rügen ist sie als Köchin eingestellt worden. „Ich habe mich ganz normal beworben und riesig über die Zusage gefreut“, sagt sie. Ihre Zukunft sah nicht immer so rosig aus. Nach dem erweiterten Hauptschulabschluss hatte die junge Frau eine Lehre als hauswirtschaftliche Assistentin gemacht aber dann die Theorie-Prüfung nicht

bestanden. Ohne abgeschlossene Berufsausbildung jobbte sie freiberuflich im Catering-Service, bis ihr eine Freundin von dem Projekt Euro-Gastronom der kiezküchen ggmh erzählte.

„Ein hervorragendes Ergebnis“

„Unser Ziel ist es, benachteiligte Jugendliche in den ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren“, betont Projektleiterin Andrea Mohoric, die kürzlich zwölf frischgebackenen Euro-Gastronomen ihre Zertifikate überreichte. Seit 2002 haben mehr als 150 junge Menschen, die von den Arbeitsagenturen vermittelt wurden, die internationale Berufsausbildung begonnen. Sie werden zu Köchen, Res-

taurantfachleuten oder Fachkräften im Gastgewerbe ausgebildet. Mehr als 70 Prozent finden nach der Ausbildungsmaßnahme einen Job. „Das ist für diese Zielgruppe ein hervorragendes Ergebnis“, freut sich Mohoric.

Sprachkurse und Praktika im Ausland

Ein Schwerpunkt der Ausbildung sind Sprachkurse und Auslandspraktika. Gerade im Berliner Gastronomiegewerbe sind Sprachkenntnisse und Auslandsaufenthalte wegen der vielen Touristen eine wichtige Zusatzqualifikation. „Ein Koch muss die Welt gesehen haben“, meint der 19-jährige Lehrling Erhan Arslan. Jede/r Auszubildende kann bis zu drei Praktika von insgesamt sechs Monaten Dauer absolvie-

ren. Die Zeit in Partnerbetrieben der kiezküchen in Frankreich, Italien, Belgien, Irland oder Großbritannien ist für die Jugendlichen eine Bereicherung. Nicole Hobohm war zwei Monate in Marseille: „Wir dachten ja immer, die Franzosen mögen uns Deutsche nicht, aber die waren sehr gastfreundlich“, berichtet sie. Die angehenden Gastronomen können aber auch in Berlin Praxiserfahrungen sammeln. Die kiezküchen gmbh kooperiert eng mit Hunderten Berliner Hotels und Restaurants.

Schulunterricht in kleinen Gruppen

Ein weiteres Plus des Projektes ist der zusätzliche Schulunterricht in kleinen Gruppen. Neben drei Praxis-Tagen in den Betrieben der kiezküchen und einem Tag in der Berufsschule steht ein zusätzlicher Theorie-Tag auf dem Stundenplan der Lehrlinge. Hier wird

der Stoff aus den Berufsschulen nochmal vertieft. „Ohne diese Extra-Unterricht würde ich die Ausbildung nicht schaffen“, sagt John Harder. Der 19-Jährige ist in seinem zweiten Lehrjahr als Koch. „Mir fällt es schwer, mich alleine zuhause hinzusetzen und zu lernen“, sagt er. Auch bei privaten Problemen hilft das Betreuerteam der kiezküchen, zu dem neben Lehrern auch SozialpädagogInnen gehören. Finanziert wird die Ausbildungsmaßnahme von der Agentur für Arbeit und über Mittel aus dem EU-Programm Leonardo da Vinci. Bis 2010 werden noch Euro-Gastronomen in den kiezküchen ausgebildet, dann endet die Förderung durch die Arbeitsagentur. Seit Oktober letzten Jahres bietet die kiezküchen gmbh eine Fort- und Weiterbildung zum Euro-Gastronomen an, die allen Bewerbern offen steht.

Matthias Rühl

Berufsbezogene Maßnahmen zur Stärkung der Sprachkompetenz

Schon seit längerer Zeit werden in Deutschland berufsbezogene Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Die Organisation und Ausschreibung der Kurse oblag bisher der Bundesagentur für Arbeit (BA) unter Fachaufsicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Mit dem neuen Programmplanungszeitraum für den ESF von 2007 bis 2013 wird die Zuständigkeit für die Durchführung der berufsbezogenen Sprachkurse von der Bundesagentur für Arbeit auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übertragen. Die Fachaufsicht bleibt jedoch beim BMAS.

Für die Pilotphase wurden zwölf Regionen ausgewählt: Berlin, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig mit Leipziger Land und Delitzsch, München, Nürnberg und Stuttgart.

Bis 2013 sollen insgesamt 40.000 Migrantinnen und Migranten ein Angebot zur Verbesserung ihrer Sprachkompetenz erhalten. Durch die Verbindung von Sprachförderung mit Berufsorientierung und betrieblichen Kontakten kommen für die Umsetzung derartiger Sprachkurse neben den bekannten Sprachkursträgern auch Träger der Jugendsozialarbeit beziehungsweise der Beschäftigungsförderung in Betracht, die sich gegebenenfalls zur Umsetzung an Bietergemeinschaften beteiligen können.

Die Veröffentlichung der Förderrichtlinien und Ausschreibungsunterlagen erfolgt in Kürze. Details erfahren Interessierte auch im Internet unter www.bamf.de/cln_006/nn_443792/DE/Integration/EU-Fonds/ESF/eu-esf-node.html?__nnn=true.

Kerstin Kruse

kiezküchen gmbh

Die Ausbildung zum Euro-Gastronom wird von der kiezküchen gmbh angeboten. Die kiezküchen qualifizieren derzeit rund 1.000 überwiegend junge Menschen in gastronomischen und gastronomienahen Berufsfeldern an 17 Standorten in ganz Berlin. Das Angebot reicht von der Komplettausbildung über Berufsvorbereitung bis hin zu Fortbildung und Umschulung.

Die kiezküchen bilden in Kooperation mit Unternehmen des Hotel- und Gaststättengewerbes aus. Seit 1991 betreiben sie elf öffentliche und drei nicht öffentliche Restaurants, eine Bäckerei, einen floristischen Coffee-shop und ein Lebensmittel- und Floristikgeschäft sowie einen Catering- und Veranstaltungsservice.

Die kiezküchen gmbh gehört zum „Bildungsmarkt Unternehmensverbund“. Der Bildungsmarkt Unternehmensverbund bietet berufliche Qualifizierung und soziale Dienstleistung in Berlin. Seine Angebote richten sich vorwiegend an Men-

schen, die eine Verbesserung ihrer beruflichen Situation anstreben.

Der Bildungsmarkt e.V. wurde 1986 in Berlin-Moabit gegründet. Sechs Mitarbeiter organisierten damals berufsvorbereitende beratende Maßnahmen mit 60 BerlinerInnen.

Heute qualifizieren der Bildungsmarkt und seine Tochtergesellschaften mehr als 3.000 ProjektteilnehmerInnen an 25 Standorten in ganz Berlin. Schwerpunkte sind die Erstausbildung in mehr als 30 Berufen, Arbeitsvermittlung, Weiterbildung und Beschäftigungsmaßnahmen.

Kontakt:

Andrea Mohoric,
Oliver Karth,
bildungsmarkt e.V.,
Heinrich-Mann-Straße 31,
13156 Berlin,
Tel.: 0 30/48 52 23-36,
Fax: 0 30/48 52 23-50,
kiezkuechen@bildungsmarkt.de,
www.bildungsmarkt.de.

„Vielen ist es egal, dass Kinder sterben“

Connect plus hilft in der Ukraine bei der Bekämpfung der Aids-epidemie

Es ist eine der Tragödien, die es nur selten in die Medien schaffen: In Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erkranken immer mehr Menschen an Aids. Ende 2006 bezifferte die Weltgesundheitsorganisation die Zahl der HIV-Infizierten bereits auf 1,6 Millionen. Alleine in der Ukraine sind es nach Schätzungen der WHO bis zu 700.000. In fünf, sechs Jahren wird dort voraussichtlich die Hälfte aller Todesfälle auf das Konto dieser Krankheit gehen. Denn nicht nur die medizinische Versorgung der Infizierten ist unzureichend, sondern auch die Prävention. Connect plus will daran etwas ändern.

Odessa, die Hafenstadt am Schwarzen Meer, ist nicht nur ein beliebtes Ziel für Touristen. Sie gilt auch als das Zentrum der Aids-epidemie in der Ukraine. Mehr als 13.000 Menschen sind dort als HIV-infiziert gemeldet, Aids-Experten schätzen die Zahl jedoch auf 70.000. Jeden Monat kommen fast 100 Neuinfizierte hinzu. Am häufigsten betroffen sind Jugendliche. „Wir gehen davon aus, dass in Odessa bereits fünf Prozent der Jugendlichen das Virus in sich tragen“, sagt Sozialpädagoge Frieder Alberth. Er hat vor Jahren die Aidshilfe in Augs-

burg mit aufgebaut und gemeinsam mit Berliner Kollegen den Verein Connect plus gegründet. Seit 2001 engagiert sich der Verein in der Region Odessa sowohl für eine bessere medizinische und psychosoziale Versorgung der HIV-Infizierten als auch in der Prävention. Mit finanzieller Unterstützung der Aktion Mensch baute er unter anderem eine soziale Beratungsstelle an der Aids-Klinik in Odessa auf und trug zur Weiterqualifizierung von Ärzten, Pflegekräften und SozialarbeiterInnen in staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen bei. Außerdem

sorgte er dafür, dass am „Bayerischen Haus“ in Odessa eine Aids-Fachkraft eingestellt werden konnte, die sich unter anderem in der Netzwerkarbeit engagiert. Frieder Alberth ist überzeugt: „Wir müssen der humanitären, sozialen und ökonomischen Katastrophe nicht tatenlos zusehen. Wir können Aids bewältigen.“ Doch noch fehle den maßgeblichen Stellen in der Ukraine der Wille, „richtig etwas dagegen zu tun“. Aber langsam ändere sich die Haltung – nicht zuletzt auch aufgrund der Kooperationen, die Connect plus in den vergangenen Jahren angestoßen

In einem alten, verlassenen Haus in Odessa haben Straßenkinder Unterschlupf gefunden. Manche sind Waisen, andere vor ihren überforderten, gewalttätigen Eltern geflohen. Connect plus arbeitet mit sozialen Organisationen zusammen, die den Kindern Chancen auf eine bessere Zukunft eröffnen. Dabei spielt die Bekämpfung von Aids eine wichtige Rolle.

Foto: Connect plus



Aktion Mensch unterstützt Aufbauarbeit

In vielen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas ist die Lebenssituation von behinderten, chronisch kranken und sozial wie materiell schlechter gestellten Menschen immer noch von Benachteiligung geprägt. Formen der Selbsthilfe oder des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Behinderung oder ihren Angehörigen befinden sich erst im Aufbau.

Doch die Zahl der gemeinnützigen Organisationen und Initiativen wächst beständig. Viele sind an einer Zusammenarbeit mit deutschen Partnern interessiert, um bei der Verbesserung der Lebens- und Betreuungsbedingungen für Menschen mit Behinderung oder in schwierigen Lebenslagen Unterstützung zu erhalten – sei es bei

der Betreuung behinderter Menschen, der Gesundheitsvorsorge oder auch in der Sucht- und Straffälligenhilfe. Mehrere Landesverbände des Paritätischen sowie zahlreiche Mitgliedsorganisationen unterstützen tatkräftig die Aufbauarbeit.

Die Aktion Mensch fördert dieses Engagement finanziell. Sie zahlt unter anderem Zuschüsse zum Auf- und Ausbau von Selbsthilfegruppen und von Beratungsstrukturen, für die Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern durch Qualifizierungsprogramme, Hospitationen und Fachkräfteaustausch sowie für Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Gefördert werden Projekte und Kooperationen in Belarus (Weißrussland),

Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, im europäischen Teil Russlands, Serbien, Slowakei, Tschechien, Ukraine, Ungarn.

Der maximale Zuschuss beträgt 48.000 Euro. Übernommen werden in beschränktem Umfang auch Planungs- und Vorbereitungskosten.

Nähere Informationen zu Fördermodalitäten und -voraussetzungen gibt es bei der Mitgliederförderung des Paritätischen Gesamtverbandes unter der Rufnummer 0 30/2 46 36-422 sowie im Internet auf der Homepage der Aktion Mensch:

www.aktion-mensch.de.

hat. „Wir haben von unserem Erfahrungsvorsprung durch die Arbeit in Deutschland einiges an Know-how nach Odessa bringen können, das nun Früchte trägt“, freut sich Frieder Alberth über erste Erfolge, die Connect plus ermutigen, am Ball zu bleiben.

Aids gilt immer noch als Erkrankung von Drogenabhängigen

Es gibt in Odessa bereits einige kommunale, nationale und internationale Organisationen, die sich in den Bereichen Prävention, Beratung, Betreuung, Therapie und Pflege engagieren. Doch die Vernetzung ist mangelhaft und die Finanzierung meist unzureichend. „Dabei leben in der Ukraine genügend reiche Leute. Aber den meisten scheint es egal zu sein, dass sogar Kinder an Aids sterben“, sagt der 55-jährige Pädagoge Alberth. „Aids gilt in der Ukraine immer noch als Erkrankung von Drogenabhängigen und die Betroffenen werden stigmatisiert.“ Doch längst hat das Virus weitere Kreise gezogen. So infizieren sich etwa über den Straßenstrich auch viele Ehemänner, die wiederum ihre Frauen anstecken, so dass auch mehr und mehr Kinder mit HIV geboren werden. Stark gefährdet sind auch die vielen Straßenkinder, deren Zahl in Odessa im Sommer auf bis

zu 5.000 steigt. Es sind häufig Aidsweisen oder Jungen und Mädchen, die ihre verarmten, überforderten und oft gewalttätigen Eltern verlassen, sich in heruntergekommenen Häusern oder in der Kanalisation verkriechen und sich irgendwie durchschlagen. Hunger, Hoffnungslosigkeit und oft auch Sucht prägen ihr Leben.

Seit einiger Zeit unterstützt Connect plus die Arbeit der Jugendberatungsstelle XXI Jahrhundert in Odessa. Das Krisenzentrum für Jugendliche hat inzwischen auch die Suchtberatung ins Programm aufgenommen. Das Thema Aids spielt in fast allen Beratungsgesprächen eine Rolle. In einem Partnerschaftsprojekt trägt Connect plus dazu bei, die Präventions- und Beratungsarbeit des XXI Jahrhunderts zu stärken, unter anderem durch einen Fachkräfteaustausch und die Entwicklung eines Curriculums für die Ausbildung von ehrenamtlichen HelferInnen.

Internetprojekt für suizidgefährdete Jugendliche

Ganz neu hinzugekommen ist der Aufbau eines Internet-Projekts für Jugendliche in Krisensituationen, die nicht selten suizidgefährdet sind. Die Homepage gibt den jungen Leuten die Möglichkeit, in ihrer eigenen Aus-

drucksweise zu erzählen, wie es ihnen geht, und sich mit anderen auszutauschen, wie diese Krisen, Zusammenbrüche und Depressionen erlebt haben und was oder wer ihnen geholfen hat. Hier erfahren die jungen Menschen, dass sie nicht alleine sind mit ihrer Not, mit ihren Zweifeln, Sorgen und Ängsten, dass es andere gibt, die ihre Gefühle nachvollziehen können. Auch eine online-Beratung für Jugendliche ist für die nahe Zukunft geplant. Das neue Projekt hat einen traurigen Hintergrund: Statistiken zufolge liegt die Suizidrate bei Männern in der Ukraine weltweit auf dem vierten Platz – nach Litauen, der Russischen Föderation und Belarus. Jährlich werden rund 15.000 Suizide registriert. Besonders hoch ist die Suizidrate bei männlichen Jugendlichen. Im Herbst 2006 nahmen sich alleine in Odessa fünf Jugendliche das Leben. UB

Kontakt

Connect plus e.V.,
Schillstraße 151,
86169 Augsburg,
Tel.: 08 21/74 78 69 20,
E-Mail: frieder.alberth@connect-plus.org,
www.connet-plus.org.

Arbeiten in Europa – da gibt's viele Fragen

Service- und Beratungsbüro des Landesverbandes Thüringen als Anlaufstelle

Europa erfahr- und erlebbar machen, das will das Europabüro Ostthüringen des Paritätischen Landesverbandes Thüringen. Das Service- und Beratungsbüro ist Anlaufstelle für Verbände und Vereine, aber auch für Firmen, Bildungseinrichtungen und interessierte BürgerInnen. Sie erhalten dort nicht nur Informationen über Projekte und Förderprogramme, sondern auch über die Anerkennung von Berufsausbildungen im europäischen Ausland oder Möglichkeiten eines Fachkräfteaustauschs.



Die Mitarbeiterinnen des Europabüros Ostthüringen (von links): Dana Hartenstein (Referentin), Ildiko Martin (Sekretariat) und Christina Martens (Referentin)

Wir haben viele Anfragen aus dem Bereich der Altenpflege, wie der Fachkräfteaustausch mit Pflegeeinrichtungen in skandinavischen Ländern organisiert werden kann“, sagt Christina Martens, Referentin für Transnationale Zusammenarbeit und Sozialpolitik im Europabüro. „In Skandinavien gibt es nicht nur andere Ansätze bei der Pflege von Demenzkranken, sondern besonders in Schweden auch mehr Erfahrung mit dem Persönlichen Budget für behinderte Menschen.“ Es sei für Fachkräfte aus thüringischen Pflegeheimen sehr bereichernd, dort ein paar Wochen oder Monate zu arbeiten, um neue Erfahrungen zu sammeln. Das Europabüro unterstützt sie dabei, indem es Kontakte zu Einrichtungsträgern vermittelt und über die sozial-, arbeits- und versicherungsrechtlichen Details sowie Möglichkeiten der finanziellen Förderung informiert. Martens ist überzeugt: Geschäftsführer, die es ihrem Personal ermöglichen, sich auch im Ausland fortzubilden, zeigen Weitsicht. „Überall wird ja der Fachkräftemangel beklagt, weil hochqualifizierte Leute abwandern“, sagt sie. Arbeitgeber, die gemeinsam mit ihren Beschäftigten über den Tellerand schauen und sich um eine Weiterqualifizierung bemühen, könnten

dem etwas entgegensetzen. „Wir wollen sie dabei unterstützen, die Arbeitsbedingungen hier attraktiv zu gestalten“, betont Martens, die eine von vier Expertinnen im Europabüro ist.

Auch junge Frauen und Männer, die nach Abschluss der Schule ihren Horizont erweitern möchten, können sich an das Europabüro wenden, um mehr über eine Tätigkeit als Au Pair oder ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland zu erfahren und Adressen von Anlaufstellen zu erhalten. ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die sich unter dem Motto „Lebenslanges Lernen“ für europäische Fragen interessieren, finden beim Europabüro zudem ein vielfältiges Qualifizierungsangebot, wie beispielsweise soziale und interkulturelle Kompetenzseminare.

Transnationales Netzwerk

Die Service- und Beratungsstelle arbeitet eng mit zahlreichen Partnern aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie anderen international arbeitenden Beratungsstellen zusammen, um ein transnationales Netzwerk zu etablieren. So organisierte das Büro beispielsweise für Mitte März in Kooperation mit dem Jugendamt Gera das fünfte Netzwerktreffen des „Arbeitskreises Internationales“. Ein zentrales Thema des Treffens: die Anerkennung

von Abschlüssen im europäischen Ausland. „Da gibt es im Bereich der sozialen Arbeit immer noch enorme Hürden in Europa“, sagt Christina Martens.

Auf Hochtouren laufen derzeit die Vorbereitungen für eine Fachveranstaltung zum Thema „Europa – eine Chance für die Jugend“ am 27. und 28. Mai. Gemeinsam mit dem Paritätischen Landesverband Thüringen stellt das Europabüro Jugendprojekte aus den Niederlanden, Italien und Polen vor, die mit Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Beruf arbeiten. Im Sommer laden die Mitarbeiterinnen des Büros zu einem lustigen und informativen Kinderfest ein. „Wir wollen auch den Jüngsten in der Region Europa ein Stück näher bringen“, freut sich Christina Martens bereits jetzt auf das junge Publikum. UB

Kontakt

Europabüro Ostthüringen,
Der Paritätische Thüringen,
Friedrich-Engels-Str. 5,
07545 Gera,
Tel.: 03 65/55 24 23 0,
Fax: 03 65/55 24 23 1,
E-Mail: europabuero@paritaet-th.de,
www.europabuero.paritaet-th.de.

Wohlfahrt im Wettbewerb

Europas Bedeutung für gemeinnützige Dienstleister

Die Arbeit als Zeit- oder Berufssoldat bei der Bundeswehr ist Männer Sache – dieser Grundsatz gehörte lange zur Verfasstheit dieser Republik. Frauen in der Bundeswehr, das sah das Grundgesetz in seinem Artikel 12a ausdrücklich nicht vor. Seit dem 11. Januar 2000 gilt diese Einschränkung nicht mehr. Der Europäische Gerichtshof hat an diesem Tag der Klage einer Bewerberin stattgegeben, die sich durch diese Beschränkung diskriminiert fühlte.

Auf nationaler Ebene hätte eine solche Änderung mehrere Jahre in Anspruch genommen. Aufgrund der Durchsetzungskraft des europäischen Rechts, das Vorrang vor jeglichem nationalen Recht hat, bedurfte es jedoch nur einiger klärender Worte der Luxemburger Richter. Sie waren es auch, die das staatliche Arbeitsvermittlungsmopol in Deutschland beendeten, die grenzüberschreitende Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen förderten und die Liberalisierung der Telekommunikations- und Energiemärkte durchsetzten. Dass man das Telefon heute nicht mehr bei der Post bekommt, geht wesentlich auf europäische Vorgaben zurück.

Vorteile der Liberalisierung

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher hat die Liberalisierung der Märkte zu vielen Vorteilen geführt. Sie hat zahlreiche unnötige Wettbewerbshindernisse beseitigt und einen Beitrag zur Antidiskriminierungspolitik geleistet.

Diese Erfolgsgeschichte will die Europäische Union fortschreiben. Sie bedient sich dazu auch des Wettbewerbsrechts, das in allen Mitgliedstaaten Vorrang vor den jeweiligen nationalen Regelungen hat. Auch für die Freie Wohlfahrtspflege gewinnt dieses Thema an Bedeutung.

Lange Zeit stand die Liberalisierung der großen Daseinsvorsorgebereiche im Mittelpunkt des Interesses der Europäischen Kommission. Mit der im März 2000 durch den Europäischen Rat beschlossenen Lissabon-Strategie ist die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte zu einem wichtigen Ziel europäischer Politik geworden. Für soziale Einrichtungen und Dienste hat das weitreichende Folgen, weil die Europäische Kommission nun immer detailliertere Vorgaben für die Zulässigkeit von staatlichen Leistungen an Unternehmen macht.

Zulässige Beihilfen

Nach europäischem Verständnis sind gemeinnützige und gewerbliche Anbieter von Leistungen gleich zu behandeln. Nahezu jede steuerliche Begünstigung oder staatliche Leistung an ein Unternehmen wird grundsätzlich als Beihilfe bewertet. Die Zulässigkeit solcher Beihilfen kann durch die Europäische Kommission geprüft werden, wenn der Umfang der Beihilfe in einem Zeitraum von drei Jahren 200.000 Euro übersteigt. In diesen Fällen prüft die Kommission, ob dadurch der Wettbewerb beeinträchtigt wird.

Gewinnorientierte Anbieter nutzen diese Regelung, um immer häufiger Wettbewerbsnachteile gegenüber gemeinnützigen Leistungsanbietern zu behaupten. Die Europäische Kommission prüft diese Beschwerden in den konkreten Fällen und ist dabei in der Lage, staatliche Beihilfen und Begünstigungen für unzulässig zu erklären.

Die Prüfung, ob eine Leistung eine Beihilfe ist, ist Aufgabe der jeweiligen öffentlichen Stellen, ausdrücklich nicht die der Unternehmen, die eine Beihilfe beziehen. Aus diesem Grund haben Einrichtungen und Dienste auch keinen Anlass, gegenüber der Kommission tätig zu werden. Aller-



Forum Hauswirtschaft

- ✗ **Deklaration von Allergenen und Zusatzstoffen**
 Freiwilliger Service oder zwingende Vorschrift
 Di., 15.04.2008, Heilbronn
- ✗ **Preissteigerung – Kostendruck – Handeln**
 Mi., 14.05.2008,
 Zusmarshausen (Augsburg)
- ✗ **Convenience meets Frischprodukte**
 Die Kombination macht's!
 Do., 12.06.2008, Frankfurt
- ✗ **Seniorenverpflegung im Fokus**
 Innovative Lösungen für die Speiseversorgung
 Do., 04.09.2008, Rostock

Die Teilnahme für Mitgliedsorganisationen des **PARITÄTISCHEN** ist kostenfrei.

Über weitere Termine informieren wir Sie unter Aktuelles im Internet www.pariserve.de.

Sprechen Sie uns an.
Wir beraten Sie gern.



Vaasastr. 14 - 16
D-24109 Kiel
Tel. +49 431 53738-0
Fax +49 431 53738-999

ParisERVE info@pariserve.de
 Dienstleistungen für soziale Organisationen www.pariserve.de
 GmbH



dings empfiehlt es sich auch mit Blick auf das Wettbewerbsrecht, die besonderen Leistungen, die man im Unterschied zu anderen Anbietern bereithält, herauszustellen und den Mehrwert gemeinnütziger sozialer Dienste zu betonen. Auch ist es für größere Unternehmen wichtig, sich über die europäischen Vorgaben zu informieren, um sich frühzeitig auf neue Anforderungen einstellen zu können. Das

gilt insbesondere für solche Unternehmen, die in größerem Umfang öffentliche Bürgschaften in Anspruch nehmen, da diese ebenfalls als Beihilfen gewertet werden können.

Günstige Regelungen

Eine grundsätzliche Beeinträchtigung der Arbeit gemeinnütziger Einrichtungen und Dienste durch europäisches Recht ist jedoch nicht zu befürchten.

Die Europäische Union erkennt die Bedeutung gemeinnütziger sozialer Dienste nicht nur ausdrücklich an, sondern hat in vielen Fällen sogar günstige Regelungen für gemeinnützige Unternehmen geschaffen. Der selbstlose Einsatz für andere jenseits von Staat und Markt – das ist ein Modell, welches auch in Europa Zukunft hat!

Joachim Rock

Der ESF macht vieles möglich

Eines der zentralen Fondsziele ist der Abbau der Arbeitslosigkeit

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist einer der drei Strukturfonds der EU, die dazu beitragen sollen, die Unterschiede bei Wohlstand und Lebensstandard in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU abzubauen und so den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken. Eines der zentralen Ziele: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

2007 hat eine neue ESF-Förderperiode begonnen, die bis 2013 dauert. 75 Milliarden Euro fließen in diesem Zeitraum an Mitgliedstaaten und Regionen in der EU. Gefördert werden damit unter anderem Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und arbeitssuchenden Jugendlichen sowie von Menschen mit Behinderung, aber auch Projekte zur Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und zur Stärkung der Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Bei der Verteilung der ESF-Finanzmittel spielen regionale Unterschiede wie das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosenquote eine wichtige Rolle. Nach wie vor ist die deutsche Wirtschaft durch große Ungleichgewichte zwischen Ost und West gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland ist fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern gab es daher auch schon in der vorigen Förderperiode für jedes Land ein eigenes operationelles Programm, mit dem Schwerpunkte bei der ESF-Förderung gesetzt werden. Mit Beginn der neuen Förderperiode gibt es solche operatio-

nellen Programme auch für jedes der alten Bundesländer, für Niedersachsen sogar zwei. „Jedes Bundesland hat seine eigenen Schwerpunkte“, sagt Christine Fiedler vom Paritätischen Landesverband Thüringen, die als Bundeskoordinatorin Jugendsozialarbeit für das Thema Europa zuständig ist. „Schleswig-Holstein engagiert sich zum Beispiel besonders bei der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt, Berlin fördert unter anderem stark die Gemeinwesenarbeit in sozialen Stadtzentren, und Thüringen unterstützt auch die Gründung von Sozialgenossenschaften, beispielsweise in den Bereichen Kinderbetreuung und Betreuung von Patienten.“ Darüber hinaus fördert Thüringen mit ESF-Mitteln auch Existenzgründungen, die besonders benachteiligten Jugendlichen eine Chance geben sollen, den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden. „Enterprise“ heißt eines der Paritätischen Projekte, für das es ESF-Gelder gibt. „Die Integration von benachteiligten Jugendlichen in den Arbeitsmarkt spielt im Rahmen der ESF-Förderung in fast allen Bundesländern eine immer größere Rolle“, betont Christine Fiedler. Für viele Projekte,

die sich dieser Zielgruppe widmen, gibt es auch die Möglichkeit, Mittel aus einem zielübergreifenden ESF-Bundesprogramm zu erhalten. Auf dieses Programm entfallen 37 Prozent der gesamten deutschen ESF-Mittel. Es setzt die Schwerpunkte bei der Förderung der „Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen“ sowie dem besseren Zugang zum Arbeitsmarkt.

Gefördert werden kann damit ein bunter Strauß von Maßnahmen, Projekten und Initiativen wie etwa:

- Existenzgründungen,
- lebensbegleitendes Lernen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern,
- die Schaffung neuer Ausbildungsplätze,
- die Verbesserung der Deutschkenntnisse von Migrantinnen und Migranten,
- die bessere Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt,
- die Arbeitsmarktintegration älterer Arbeitnehmer und Langzeitarbeitsloser, aber auch von Menschen mit Behinderung und ehemaligen Strafgefangenen.

Ein übergreifender Schwerpunkt sind im aktuellen ESF-Förderzeitraum auch transnationale Aktivitäten. Dazu zählen Projekte, die die Teilnahme von Jugendlichen an transnationalen Qualifikationsprogrammen fördern.

Für die bisherigen Förderprogramme Xenos und Civitas, mit denen unter anderem Jugendprogramme gegen Rechtsextremismus und Anti-Rassismus-Projekte unterstützt wurden, gibt es Nachfolgeprogramme.

„Eine spannende Sache für viele unserer Mitgliedsorganisationen sind die berufsbezogenen Maßnahmen zur Stärkung der Sprachkompetenz von Migrantinnen und Migranten,“ betont Christine Fiedler. „Da haben viele Mit-

gliedsorganisationen gute Chancen, in Kooperation mit Trägern von Sprachkursen neue Projekte umzusetzen.“

Auch die Offensive der Bundesregierung zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen könne für zahlreiche Mitgliedsorganisationen interessant sein. „Wir hatten in Thüringen bereits eine flächendeckende Qualifizierung von Kita-Leiterinnen zur Qualitätssicherung.“ Künftig könnte es eine solche Qualifizierung auch zum neuen Bildungsplan geben. „Der ESF macht mit seinem breiten Spektrum vieles möglich“, sagt die Fachfrau aus Thüringen. Es sei sogar geplant, auch Mehrgenerationenhäuser aus diesem Förderetat zu bezuschussen.

Integrationsfonds

Die Europäische Union hat im Rahmen des Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ einen Fonds zur Integration von Drittstaatsangehörigen eingerichtet. Bis 2013 werden darüber unter anderem Integrationsmaßnahmen für neu Zugewanderte und Kampagnen zur Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft finanziell unterstützt. Umgesetzt wird das Förderprogramm durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (www.bamf.de).

Aufbruch in Weißrussland

Menschen mit Behinderung gründen Selbsthilfegruppen | Trilaterales Projekt

Während anderswo in Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Demokratie einzog, bewerteten ausländische Beobachter seither noch keine einzige Wahl in Belarus als frei und fair. Trotzdem bewegt sich auch in diesem Land etwas. Ein Beispiel: die Behindertenhilfe. Zwei Projekte des Paritätischen Landesverbandes Bayern, gefördert von der Aktion Mensch, haben dazu beigetragen.

Der Plan war klar: In drei weißrussischen Städten sollen – mit Unterstützung aus Bayern und Polen – Selbsthilfegruppen für behin-

derte Menschen aufgebaut werden. Leicht gesagt, aber nicht leicht getan. Gleich zu Beginn hagelte es Probleme. Denn ursprünglich war eine Zusam-

menarbeit mit der Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen, UNDP, geplant. Doch die weißrussischen Behörden lehnten das UNDP-

Menschen mit Gehbehinderung haben in Weißrussland ihre Selbsthilfegruppe gegründet. Unterstützt wurden sie dabei vom Paritätischen Landesverband Bayern, dem Forum der Lubliner Nichtregierungsorganisationen und der Aktion Mensch



Projekt ab. Die Bayern machten alleine weiter, suchten und fanden neue Partner in drei weißrussischen Kleinstädten im Südwesten des Landes. Als Koordinator auf Landesebene wurde die BASA gewonnen, die Belarussische Vereinigung der Sozialarbeiter. Diese neue Konstruktion wurde von oberster Stelle genehmigt: vom „Departement für humanitäre Tätigkeiten“ in der Geschäftsstelle des Präsidenten, von dem sich alle Projekte mit ausländischer Unterstützung registrieren lassen müssen. Akzeptiert wurde auch die zusätzliche Zusammenarbeit mit Polen. „Dieses Land baute seine Selbsthilfe nach der Wende 1989 von Null auf“, erklärt Juristin Katharina Warnik, die für den Paritätischen Landesverband Bayern die Koordination mit Polen übernommen hat. „Von ihrer eigenen Erfahrung sind polnische Gruppen daher weißrussischen näher als deutsche, die aus fest etablierten Sozialsystemen kommen.“

Projektpartner FLOP: Forum der Lubliner Nichtregierungsorganisationen

Als Entsprechung zur BASA wurde als Koordinator auf Landesebene in Polen das „Forum der Lubliner Nichtregierungsorganisationen“ gewonnen, kurz FLOP. Auf der lokalen Ebene wurden für die weißrussischen Kleinstädte jeweils polnische Partnerstädte gefunden, sodass immer zwei Städte, eine in Polen, eine in Weißrussland, koordiniert durch die Landesstellen BASA und FLOP, zusammenarbeiten konnten. Soweit die Theorie.

Fahrtzeiten von bis zu 15 Stunden sind nicht selten

Die Praxis ließ sich schwierig an. Zwar lagen die Partnerstädte jeweils in den Landesteilen, die der polnisch-weißrussischen Grenze am nächsten sind, doch sind sie immer noch zwischen 500 und 750 Kilometer weit voneinander entfernt. Und die Strecken überbrücken keine gut ausgebauten Autobahnen. Bei gutem Vorankommen erreicht man auf den osteuropäischen Straßen einen Schnitt von 50 Kilometer die Stunde. Umgerechnet sind das Fahrtzeiten zwischen zehn und 15 Stunden. Für das Projekt wurde ein

Auto angeschafft. Eines für alle weit auseinander liegenden Teilnehmer ... Telefon und Computer konnten die Distanzen auch nicht so leicht überbrücken. Die staatlichen Monopole halten in beiden Ländern die Telefonkosten hoch. Ins Ausland zu telefonieren war den meisten Teilnehmern grundsätzlich nur eingeschränkt möglich. Außerdem stehen nur wenige Computer zur Verfügung, deren Internetzugang ebenso beschränkt ist.

Eröffnungskonferenzen ermöglichten das Kennenlernen

Trotz alledem fanden Eröffnungskonferenzen zwischen den jeweiligen Partnerstädten und den Landeskoordinatoren statt, auf denen sich bestehende Selbsthilfeprojekte einander vorstellen konnten. Die polnischen brachten ihre oft über zehnjährige Erfahrung ein, die weißrussische Seite ihren Willen zum Aufbruch. „Und der war überraschend stark“, berichtet Gero Fedtke, der für den Paritätischen in Bayern die Koordination mit Weißrussland übernommen hat.

Auch der Aufbau von Selbsthilfegruppen läuft in Belarus zwingend über den Staat. Die Ansprechpartner der Bayern vor Ort sind die „Territorialen Zentren für soziale Fürsorge für die Bevölkerung“ (TZSON), also sozusagen die lokalen Sozialämter. „Dort sitzt die mittlere Kader-Ebene“, erklärt Historiker Gero Fedtke die weißrussischen Verhältnisse, „und die Angestellten dort wollen meist vor allem eines: ihren Job gut machen.“

Auch die weißrussischen Gesetze schreiben vor, behinderte Menschen nach Möglichkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, und verpflichten Firmen ab einer bestimmten Größe, behinderte Menschen zu beschäftigen. Doch in der Praxis wurden die Vorschriften bislang kaum umgesetzt. Auf Behinderungen von Menschen wird in der Gesellschaft so gut wie keine Rücksicht genommen, geistig Behinderte leben weitgehend isoliert in ihren Familien.

Das Konzept der Selbsthilfe war in Weißrussland bislang so gut wie unbekannt. Die staatlichen Sozialarbeiter der TZSON starteten ihren Aufbau von

Selbsthilfegruppen, indem sie die Menschen mit Behinderungen an ihrem Ort registrierten und befragten. Die Ergebnisse ihrer Umfrage schockierten die Sozialarbeiter selbst spürbar. So heißt es im Bericht aus dem weißrussischen Soligorsk über die materielle Situation von Menschen mit Behinderungen: „Sie ernähren sich schlechter, verzichten auf neue Kleidung, Urlaub oder gar Medikamente bzw. ärztliche Behandlung. Ein sehr hoher Prozentsatz der Befragten ist auf der sozialen Leiter bis zur Verarmung abgestiegen.“ Und der Bericht aus dem weißrussischen Vilejka hält fest: „Auf die Frage ‚Verfügen Sie über ein individuelles Programm zur Rehabilitation?‘ war die Antwort schockierend: 100 Prozent ‚Nein!‘.“ Die meisten Behinderten sitzen zu Hause, angewiesen auf Angehörige, ohne Telefon, ohne Computer und mit geringen Möglichkeiten, aus der Wohnung oder gar dem Ort herauszukommen. Öffentlichen Nahverkehr gibt es entweder nicht oder er ist nicht behindertengerecht. Ein eigenes Auto kann sich so gut wie kein Behinderter leisten.

Sozialarbeiter überwinden logistische Probleme

Doch die staatlichen Sozialarbeiter überwinden all die logistischen Probleme und holten Menschen mit ähnlichen Behinderungen zum Austausch zusammen. In Vilejka gründeten sich zum Beispiel drei Selbsthilfegruppen: eine für Sehbehinderte, eine für Gehbehinderte, eine für Menschen mit geistiger Behinderung. In Dzerzinsk und in Soligorsk kamen jeweils vier Gruppen zusammen. Die staatlichen Sozialämter unterstützen jeweils die Treffen, auch durch kostenlose Räum-

K o n t a k t

Paritätischer Landesverband Bayern e.V.,
 Renate Kretschmer,
 Charles-de-Gaulle-Str. 4,
 81737 München,
 Tel.: 0 89/3 06 11-134,
 E-Mail: r.kretschmer@paritaet-bayern.de,
 www.paritaet-bayern.de.

lichkeiten. „In diesen Gruppen vollzog sich ein erstaunlicher Wandel“, erzählt Gero Fedtke, „Aus abhängigen Menschen wurden Selbstständige.“ In Dzerzinsk gelang dieser Prozess so gut, dass sich die neu gegründete Selbsthilfegruppe nach nur zwei Treffen gleich wieder auflöste. Fünf ihrer sieben schwerhörigen Mitglieder hatten durch Unterstützung der Gruppe und der TZSON Arbeit gefunden. Nun hatten sie keine Zeit und keinen Bedarf mehr, sich zu treffen. Eine alleinerziehende behinderte Mutter konnte durch die Unterstützung ihren Anspruch auf eine größere Wohnung bei den Behörden durchsetzen.

Von Rücksichtslosigkeit zur Rücksichtnahme

„Die positiven Effekte freuten auch die staatlichen Sozialarbeiter“, berichtet Gero Fedtke. „Sie empfinden die Selbsthilfegruppen als Unterstützung ihrer eigenen Position und sind froh um die Eigenvertretung der Behinderten.“ In Zusammenarbeit mit ihnen entstanden neue Ideen. In Vilejka nutzte der Sozialarbeiter den „Subbotnik“, die in Weißrußland noch aus Sowjet-Zeiten erhaltene Sitte, an freien Tagen unentgeltlich gemeinnützig zu arbeiten: Er engagierte Schüler, um die Ränder der Treppen im staatlichen Sozialamt mit gelber Farbe zu markieren. Dadurch wurde den Sehbehinderten der Zugang zu ihrem Raum, aber auch der Zugang zur gesamten Behörde erleichtert. Die gelben Striche mögen eine Kleinigkeit sein, doch sie markieren ein Umdenken von der früheren Rücksichtslosigkeit zu Rücksichtnahme.

Großes öffentliches Interesse an Initiativen behinderter Menschen

In Weißrussland wird das Projekt nach diesem erfolgreichen Anschlag sicher weitergehen, ist der russischsprachige Historiker mit jahrelanger Erfahrung in sozialer Arbeit überzeugt. Dort berichteten Zeitungen, Radio und Fernsehen über den Aufbruch der Behinderten. Die BASA berichtete regelmäßig in ihrem Bulletin, das an 600 Abonnenten geht, über den Fortgang und stellte Berichte ins Internet-Infoportal der weißrussischen Nichtregie-

Deutsch-polnische Zusammenarbeit

Für die erfolgreiche europäische Integration ist die sozialpolitische Dimension von wachsender Bedeutung. Nicht minder bedeutend ist der Aufbau der zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Gesellschaften in diesen Ländern sind durch intensive Transformationsprozesse geprägt. Dabei wird von den neu entstandenen sozialen Nichtregierungsorganisationen erwartet, dass sie im Sozial- und Gesundheitsbereich Lücken füllen, die durch unzureichende öffentliche Versorgung entstanden sind.

Für die Entwicklung der inhaltlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Kompetenzen der Nichtregierungsorganisationen sind die deutschen Erfahrungen bei der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips zwischen dem Staat/den Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege von großer Bedeutung.

Besonders gut entwickelt sind Paritätische Kontakte und Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Partnern und sozialpolitisch relevanten öffentlichen Institutionen aus Polen. An einem Netzwerk von zwischenregionalen Partnerschaften sind elf Paritätische Landesverbände aktiv beteiligt. Intensive Zusammenarbeit verbindet den Paritätischen Gesamtverband mit seinem polnischen Pendant: dem gesamtpolnischen Verband WRZOS.

Bedeutende Kontakte und Kooperationen existieren darüber hinaus mit Rumänien sowie im Rahmen eines Netzwerkes innerhalb der sogenann-

ten Visegrad-Gruppe (neben Polen Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn). Auch über die EU-Grenzen hinaus gibt es gemeinsame Projekte beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen sozialer Arbeit, so unter anderem mit Partnern aus Belarus und Russland.

Der durch Paritätische Landesverbände und den Paritätischen Gesamtverband in Hannover im Oktober 2004 gegründete Verein für deutsch-polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e.V. berät freigemeinnützige soziale Organisationen aus Deutschland, Polen sowie auch aus anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, koordiniert Aktivitäten und dient als Plattform für den Erfahrungs- und Informationsaustausch. Dabei geht es um die Verbesserung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen der Arbeit sozialer Nichtregierungsorganisationen, die Beratung und Unterstützung bei Kontakten und Kooperationen (einschließlich Projektfinanzierung und Projektmanagement) sowie auch um die Entwicklung von Modellprojekten auf den Gebieten der Sozial-, Behinderten-, Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik.

Kontakt:

Beratungs- und Koordinierungsstelle der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im sozialen Bereich,
 Marienbruchstraße 61-63,
 38226 Salzgitter,
 Tel.: 0 53 41/84 67 21,
 Fax: 0 53 41/84 67 23,
 E-Mail: Kontakt@depolsozial.de.

rungsorganisationen. So könnte das Projekt noch einen Schneeball-Effekt haben und Nachfolger in weiteren weißrussischen Städten finden. Nachdem die technischen und sprachlichen Probleme der Kooperation zwischen Weißrussland und Polen erkannt wurde, arbeitete man in der zweiten Hälfte des Projektes verstärkt daran, sie zu beheben. Die Grenze zwischen den Ländern zeigte sich von Nord nach Süd durchlässiger als andersherum. So ma-

chen sich jetzt weißrussische Delegationen zu ihren polnischen Partnern auf. Projektkoordinatorin Katharina Warnik, in Polen geborene Spätaussiedlerin, hegt außerdem die Hoffnung auf einen positiven Zusatzeffekt des Projektes für die weißrussische Zivilgesellschaft: „Wenn der weißrussische Staat einer Gruppe wie den Behinderten erlaubt, ihre eigenen Organisationen aufzubauen, dann könnten vielleicht andere folgen.“ Gisela Haberer

Zwischen Alltag und Vision

Fachtagung zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung

Im Dezember 2006 wurde die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung unterzeichnet. Damit wurde international ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik eingeleitet: von einer Politik der Wohltätigkeit zu einer Politik der Menschenrechte. Die Forderungen nach einem selbstbestimmten Leben und nach voller gesellschaftlicher Partizipation für behinderte Menschen wurden als Menschenrechte festgeschrieben. Nun steht der nächste Schritt an: die Umsetzung der UN-Konvention in nationales Recht. Dabei sind die Verbände gefordert, zu vielen Detailfragen Stellung zu nehmen.

Was bringt die Konvention für Menschen mit Behinderung in den Bereichen Arbeit und Schule? Wie sieht es mit der Garantie eines angemessenen Lebensstandards und der Wahlfreiheit des Lebensorts aus? Wo liegen

nach wie vor Konfliktpunkte? All diese Fragen greift der Paritätische Gesamtverband in einer Fachtagung auf, die er gemeinsam mit dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft veranstaltet. Der Titel: „Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zwischen Alltag und Vision“.

Die Fachtagung mit Vorträgen, Diskussionen und mehreren Fachforen findet statt am Mittwoch, 16. April, von 10.30 bis 17.15 Uhr im Berliner Kleisthaus.

Wegen begrenzter Platzkapazitäten ist eine vorherige Anmeldung erforderlich. Ansprechpartnerin:

Helga Ehrstein,
Paritätischer Gesamtverband e.V.,
Oranienburger Straße 13-14,
10178 Berlin,
Tel.: 0 30/246 36-320,
Fax: 0 30/246 36-110,
E-Mail: behindertenhilfe@paritaet.org.

Wilma Simon neue Vorsitzende des LV Hamburg

Dr. Wilma Simon hat zum 1. Februar den Vorsitz des Verbandsrates des Paritätischen Landesverbandes Hamburg übernommen. Die ehemalige brandenburgische SPD-Finanzministerin



und Staatsrätin der Freien Hansestadt Hamburg trat die Nachfolge von Manfred Klee an, der mehr als 30 Jahre Mitglied in den ehrenamtlichen Organen des Verbandes war.

Simon dankte ihrem Vorgänger für sein großartiges Engagement und betonte: „Ich bin mir sicher, dass er die Freie Wohlfahrtspflege weiterhin mit Ideen bereichern wird.“

Die Politologin Wilma Simon ist ehrenamtlich auch im Vorstand der „Hamburgische Brücke Gesellschaft für private Sozialarbeit“ aktiv.

Nachruf zum Tod von Konstantin Engels

Der langjährige Geschäftsführer des Paritätischen Landesverbandes Brandenburg, Konstantin Engels, ist nach schwerer Krankheit am 13. Januar im Alter von 59 Jahren verstorben. Mit Konstantin Engels verliert der Paritätische eine Persönlichkeit, die nach der Wende in Brandenburg ein enormes Aufbauwerk vollbrachte.

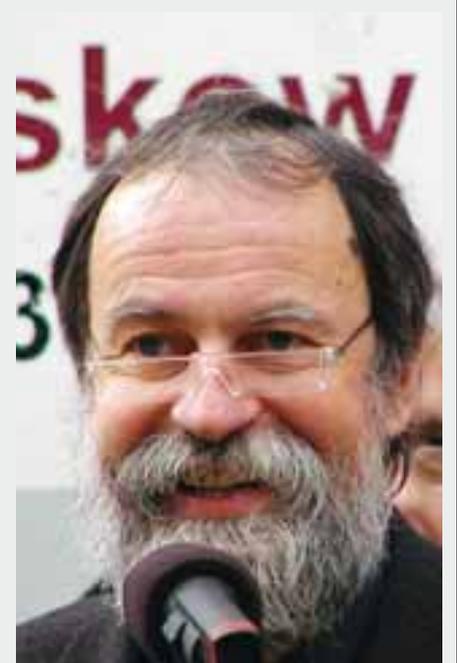
Der Landesverband Brandenburg des Paritätischen und viele seiner Mitgliedsorganisationen verdanken ihre erfolgreiche Entwicklung dem Einsatz, der Umsicht und der Weitsicht Konstantin Engels.

Mit Phantasie, aber auch mit Beharrlichkeit setzte er sich während seiner 15-jährigen Amtszeit für soziale Gerechtigkeit und gegen Gewalt jeglicher Art ein. So gründete er im De-

zember 2007 auch eine nach ihm benannte Stiftung, die Projekte zur Gewaltprävention in der Jugendhilfe unterstützt.

Zum Paritätischen kam Konstantin Engels, ein gebürtiger Düsseldorfer, 1981. Im Landesverband Nordrhein-Westfalen war er zunächst für die Straffälligenhilfe zuständig.

1990 ging er nach Potsdam und baute dort mit viel Elan den Paritätischen Landesverband Brandenburg mit auf, den er durch seine persönliche, ruhige und besonnene Art sehr prägte. Sein Amt als Landesgeschäftsführer legte er 2005 nieder. Konstantin Engels bleibt in Erinnerung als ein Mensch, der immer neugierig war auf das Leben und jedem mit Respekt begegnete.





Dank an Köhler für sozialpolitisches Engagement

Dr. Eberhard Jüttner, der scheidende Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes (rechts), zählte zu den Gästen, die Bundespräsident Horst Köhler und seine Ehefrau beim Neujahrsempfang im Schloss Bellevue in Berlin begrüßten.

Jüttner nutzte die Gelegenheit, Köhler für dessen sozialpolitisches Engagement zu danken. Der Bundespräsident ist unter anderem auch Schirmherr des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe.

Foto: Michael von Lingen

Workshop zur Sprachförderung

Die Sprachförderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund steht im Mittelpunkt eines Workshops, den der Paritätische Gesamtverband und das Paritätische Bildungswerk Bundesverband am 8. Mai im Berliner Centre Monbijou veranstalten.

Der Workshop steht unter der Überschrift „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt“, einem Ausspruch Ludwig Wittgensteins.

In der Fachöffentlichkeit besteht Konsens, dass die Förderung der Sprachfähigkeit von enormer Bedeutung ist, doch über Wege und Ziele der Förderung herrschen oft unterschiedliche Vorstellungen. Diese werden beim Workshop aufgegriffen und mit Wissenschaftlerinnen und PraktikerInnen diskutiert.

Prof. Dr. em Gudula List von der Uni Köln referiert über den Spracherwerb in ein- und mehrsprachigen Familien, Dr. Havva Engin vom Institut für Deutsche Sprache und Literatur an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe berichtet von der Sprachförderung in Kindertagesstätten vor dem Hintergrund der Empfehlungen des Integrationsprogrammes und des Integrationsplanes.

In drei Foren stellen zudem Praxisprojekte ihre gelungenen Ansätze der Sprachförderung vor.

Nähere Informationen zum Programm und den Anmeldebedingungen gibt es beim Paritätischen Bildungswerk Bundesverband e.V.,
Tel.: 0 69/67 06-225,
E-Mail: fobi@paritaet.org,
www.bildungswerk.paritaet.org.

ARD-Fernsehlotterie

Rund zehn Millionen Euro hat die Stiftung Deutsches Hilfswerk 2007 aus Mitteln der ARD-Fernsehlotterie für insgesamt 93 Vorhaben von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen bereitgestellt. Gefördert werden damit Projekte wie etwa die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder eine Interkulturelle Selbsthilfe-Kreativwerkstatt für Seniorinnen und Senioren. Mit den zehn Millionen Euro konnte der Paritätische das hohe Förderniveau des Vorjahres halten. In den Jahren vor 2006 lagen die Fördersummen zwischen vier und acht Millionen Euro.

Das Deutsche Hilfswerk fördert Projekte beziehungsweise Maßnahmen aus dem Bereich der Alten- und Gesundheits- sowie der Kinder- und Jugendhilfe.

„Gerechtigkeit für alle Kinder schaffen“

Paritätischer fordert einheitliches Kindergeld in Höhe von 203 Euro

Als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ hat der Paritätische das Einlenken der SPD begrüßt, der zuvor abgelehnten Kindergelderhöhung zuzustimmen. Nun seien die Koalitionspartner aufgefordert, zügig ein durchgerechnetes Gesamtkonzept für Infrastruktur- und Geldtransferleistungen vorzulegen, betont der Verband. Um Gerechtigkeit für alle Kinder herzustellen, müssen aus Sicht des Paritätischen die steuerlichen Kinderfreibeträge abgeschafft und ein einheitliches Kindergeld in Höhe von 203 Euro eingeführt werden. Außerdem fordert der Verband, den Kindergeldfreibetrag für Hartz-IV-Bezieher wieder einzuführen.



Kein Spielraum für Umschichtungspläne: Der Paritätische fordert ein einheitliches Kindergeld in Höhe von 203 Euro, das nicht zu Lasten der Betreuungsinfrastruktur gehen darf.

Foto: T. Schröder|Pixelio

Alle Kinder müssen dem Staat gleich viel wert sein“, betonte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Derzeit beträgt die steuerliche Entlastung für Spitzenverdiener durch den Kinderfreibetrag 203 Euro. Es sei daher nur sozial gerecht, den steuerlichen Kinderfreibetrag, von dem nur die gut Verdienenden profitieren, durch ein einheitliches Kindergeld für alle in derselben Höhe zu ersetzen. Zugleich müsse sichergestellt werden, dass die Kindergelderhöhung nicht ausgerechnet an den ärmsten Kindern vorbeigehe. Deshalb müsse der vor drei Jahren abgeschaffte Kindergeldfreibe-

trag für Hartz-IV-Bezieher wieder eingeführt werden.

„Dem überfälligen Zugeständnis an die familiären Realitäten muss jetzt ein handfestes Maßnahmenpaket folgen“, so Schneider. Bund, Länder und Kommunen gehörten endlich an einen Tisch, um „all die vielen vernünftigen Vorschläge, die aktuell vorliegen,“ in ein tragfähiges Gesamtkonzept zu gießen“. Deutschland müsse insgesamt mehr in seine Familien und seine Kinder investieren. Dass Länder wie Frankreich und Dänemark mehr Geld in die Infrastruktur für Familien steckten, sei nur „die halbe Wahrheit“, so der

Hauptgeschäftsführer. Auch was Geldtransferleistungen angehe, fällt Deutschland weit hinter die europäischen Nachbarn zurück, wie der Verband in eigenen Berechnungen nachweist.

Schneider: „Familien brauchen beides, Geld und Infrastruktur – doch für zwei Milliarden ist das nicht zu haben. Unter dem Gesichtspunkt der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für unsere Kinder, der Solidarität und der Gerechtigkeit sind für Umschichtungs-vorschläge keine Spielräume vorhanden.“ Diese liefen letztlich auf Leistungskürzungen hinaus.

„Wir steuern auf eine neue Altersarmut zu“

Derzeit leben in Deutschland 2,5 Prozent der Menschen im Rentenalter von Grundversicherungsleistungen, weil ihr Einkommen sonst nicht zum Leben reichen würde. Das sind rund 370.000 Menschen. Doch ihre Zahl wird rasant steigen. Nach Berechnungen

der Paritätischen Forschungsstelle steuert Deutschland auf eine neue Altersarmut zu. Schon in 15 Jahren werden demnach rund zwei Millionen Rentner von Altersarmut betroffen sein. Das wäre eine Quote von zehn Prozent, wenn nicht massiv gegengesteuert wird. Denn viele Menschen, die

jetzt im erwerbsfähigen Alter sind, haben keine Arbeit oder verdienen im wachsenden Niedriglohnsektor so wenig, dass sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. Entsprechend mager werden ihre Rentenansprüche ausfallen. „Wer im Erwerbsleben längere Zeiten kein oder nur ein geringes Einkom-

men hat, muss fürchten, im Alter arm zu sein“, betont Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

2005 musste ein Durchschnittsverdiener 26 Beitragsjahre aufweisen, um eine Grundsicherung in Höhe von etwa 40 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts zu haben. Jahrgänge, die nach 2030 in den Rentenbezug eintreten, müssen dafür bereits 35 Beitragsjahre aufweisen. Greift die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre vollständig, so benötigt ein Durchschnittsverdiener sogar 37 Beitragsjahre, um eine Absicherung in Höhe der Grundsicherung zu erhalten. „Das sind Werte, die viele Menschen nicht erreichen. Das Problem der Altersarmut wird also nicht nur so-

ziale Randgruppen betreffen, sondern geht weit in die Mittelschicht hinein“, warnt Ulrich Schneider. Umso notwendiger sei es, privat vorzusorgen, so der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

„Vorsorge muss sich lohnen“

Damit dies für die Betroffenen aber auch Sinn mache, müssten entsprechende Freibeträge eingeführt werden. Diese könnten verhindern, dass bei Menschen mit geringer Rente ergänzende Ansprüche aus privater Vorsorge wie etwa der Riemer-Rente mit der Grundsicherung verrechnet würden. „Auf jeden Fall müssen die Freibeträge am Ende eine spürbare Differenz zur Grundsicherung aufweisen“, fordert der Paritätische. „Sonst fragen sich die

Menschen: Lohnt sich die private Altersvorsorge überhaupt, wenn ich später genauso dastehe, wie jemand, der nie vorgesorgt hat.“ Darüber hinaus sei es wichtig, Menschen mit geringen Einkommen überhaupt in die Lage zu versetzen, fürs Alter sparen zu können. Schneider: „Es gibt Berufstätige, die über derart geringe Einkommen verfügen, dass sie selbst die Raten fürs Riemer-Sparen nicht aufbringen können.“ Mehr als eine Million Menschen verdienen so wenig, dass sie ergänzend zu ihrem Arbeitseinkommen Arbeitslosengeld II erhielten.

Der Paritätische hat ein Thesenpapier zur Entwicklung der Altersarmut erarbeitet. Es steht auf der Homepage www.paritaet.org in den Fachinformationen unter Alter/Alterssicherung.

„Kostensparend durchs System“

Geplante Pflegestützpunkte gewährleisten keine unabhängige Beratung

Die Bundesregierung will im Rahmen der Pflegereform bundesweit rund 4.000 Anlaufstellen für Pflegebedürftige – sogenannte Pflegestützpunkte – einrichten. Ein Ansinnen, das in Expertenkreisen auf viel Ablehnung stößt, wie die Anhörung von mehr als 60 Verbänden und Sachverständigen im Bundestag zeigte. Dabei äußerte auch der Paritätische massive Kritik.

Der Verband nimmt vor allem Anstoß an der Tatsache, dass die geplanten Pflegestützpunkte von den Pflegekassen selbst getragen werden sollen. Für eine effektive Beratung von Pflegebedürftigen und Angehörigen sei die Unabhängigkeit von Leistungserbringern und Kostenträgern unabdingbar. „Diese Unabhängigkeit ist aber nicht gewährleistet, wenn die Verantwortung für die Pflegestützpunkte den Kranken- und Pflegekassen zugewiesen wird“, sagte Andrea Pawils, Referentin für Altenhilfe beim Paritätischen Gesamtverband. Die Pflegestützpunkte sollen als zentrale Anlaufstelle vor allem Hilfe für jene leisten, die plötzlich die Betreuung und Pflege für einen Angehörigen organisieren müssen. PflegeberaterInnen sollen Kontakte zu Pflegediensten

oder Haushaltshilfen sowie Pflegeheimen oder anderen Betreuungseinrichtungen vermitteln.

„Erheblicher Mangel im Konzept der Pflegestützpunkte“

Dass angesichts der vorgesehenen Ansiedlung der Pflegestützpunkte bei den Pflegekassen wirklich eine unabhängige Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gewährleistet werden kann, bezweifelt der Paritätische. „Die neue Regelung zielt offensichtlich nicht darauf ab, Hilfesuchenden Kompetenz zu vermitteln und sie in der Wahrnehmung ihrer Eigenverantwortung zu stärken, damit sie selbst über die passgenaue Leistungsauswahl entscheiden können“, kritisiert Andrea Pawils. Die Pflegeberatung erscheine vielmehr als Instru-

ment, „Hilfesuchende mittels des individuellen Versorgungsplans kostensparend durchs System zu führen“. Die Zuweisung der Gesamtverantwortung für den Versorgungsplan mit den umfassenden Leistungen an die Pflege- und Krankenkassen stelle einen erheblichen Mangel im Konzept der Pflegestützpunkte dar, so die Expertin des Paritätischen. Bereits in der Vergangenheit hätten Pflegebedürftige zum Beispiel ihren Rechtsanspruch auf Hilfsmittel und häusliche Krankenpflege vielfach erst mittels einer Klage vor den Sozialgerichten realisieren können, erinnert Pawils. Dies zeige, dass es keineswegs selbstverständlich sei, dass Angestellte von Pflege- und Krankenkassen stets sachgerecht über alle Leistungsansprüche informiert werden.



„Rückschlag für den Integrationsdiskurs“

Sachliche Argumente setzte der Paritätische gegen die populistischen Äußerungen des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) zur Jugendkriminalität, durch die besonders junge Menschen mit Migrationshintergrund stigmatisiert wurden.

Das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen kritisierte in einem offenen Brief an Koch und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die populistischen Äußerungen im Zuge der Hessenwahl seien ein herber Rückschlag für den „für die gesamte Gesellschaft so wichtigen Integrationsdiskurs“. Das Sprechergremium des Forums der Migrantinnen und Migranten, Kenan Küçük, Beshid Najafi und Tshikudi Londji, schrieb Merkel und Koch: „Wir, die Interessenvertretung von über 100 Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten, sind enttäuscht und verärgert. Wir verurteilen diese Art von Politik aufs Schärfste. ... Wo offene, konstruktive Gespräche und an der Sachlage orientierte Lösungsvorschläge nötig wären, richten Sie durch Wahlkampfpolemik erheblichen Schaden an ... Selbstverständlich dürfen

und wollen wir nicht die Augen davor verschließen, dass eine hohe Gewaltbereitschaft bei einem Teil der Jugendlichen ein beachtliches Problem darstellt. Dieses Problem jedoch plakativ auf ‚kriminelle jugendliche‘ Migranten zuzuspitzen, ist alles andere als sachlich ... Sie ethnisieren das Problem, obwohl Statistiken eindeutig belegen, dass die Gründe für Jugendkriminalität in erheblichem Maße in dem sozialen Hintergrund der Betroffenen zu finden sind – und nicht etwa in ihrer Herkunft oder der Herkunft ihrer Eltern. Wichtig ist doch, dass alle Jugendlichen eine Perspektive erhalten.“ In enger Abstimmung mit dem zuständigen Fachreferat des Paritätischen Gesamtverbandes erarbeitete das Forum ein Positionspapier mit acht Vorschlägen zur besseren Verzahnung des Nationalen Integrationsplanes mit der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg

durch Bildung“. In dem Papier, das den zuständigen Bundesministerien zugeleitet wurde, geht es vor allem darum, bei der Ausgestaltung der Qualifizierungsinitiative migrationspezifische Aspekte stärker zu berücksichtigen. Bislang seien nur vereinzelt gezielte Aktivitäten für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund Bestandteil der Qualifizierungsinitiative – etwa bei der Berufsausbildungshilfe und beim Ausbildungsgeld. Das Acht-Punkte-Papier steht als Fachinformation vom 24. Januar 2008 auf der Homepage www.paritaet.org in der Rubrik Migration.

Kenan Küçük, Sprecher des Paritätischen Forums der Migrantinnen und Migranten, wurde inzwischen zu den regelmäßigen Treffen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer mit den Migranten-selbstorganisationen eingeladen.

Resozialisierung statt schärferen Strafrechts

Der Paritätische Gesamtverband hat sich deutlich gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts ausgesprochen. Die von der Bundesregierung geplante Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung für Jugendliche, die nach geltendem Recht unzulässig ist, lehnt der Verband ab.

Bei jugendlichen Straftätern hat immer der ernsthafte Versuch im Vordergrund zu stehen, die persönliche Entwicklung zu korrigieren“, heißt es in einer Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes zum Gesetzentwurf der Bundesregierung. Dazu sei es erforderlich, jene Angebote des Jugendstrafvollzugs qualitativ und quantitativ auszubauen, die auf die Resozialisierung jugendlicher und heranwachsender Straftäter setzen. Die Sicherungsverwahrung legitimiere sich ausschließlich mit dem Ziel der Gefahrenabwehr zum Schutz der Allgemeinheit. Die propagierte Erforderlichkeit dieser Gefahrenabwehr stütze sich auf eine kriminalprognostische Einschätzung. Das menschliche Verhalten und die Entwicklung der Persönlichkeit ließen sich jedoch kaum vorhersagen. „Das gilt insbesondere für junge Menschen“, mahnt der Ver-

band. „Ausgangspunkt der Prognose zukünftiger Straftaten ist die individuelle, strafrechtliche Vorgeschichte. Die Anordnung einer Sicherungsverwahrung schon bei der Erstverurteilung ist daher in hohem Maße problematisch.“

Einschneidendster Eingriff des Staates

Der Verband sieht es zudem auch nicht als erwiesen an, dass durch die Sicherungsverwahrung die Sicherheit der Allgemeinheit wirklich verbessert werden kann. Es müsse vielmehr davon ausgegangen werden, dass eine Vielzahl von Betroffenen zum Teil für den Rest ihres Lebens zu Unrecht eingesperrt würden. Die Zahl der Anordnungen von Sicherungsverwahrung als einschneidendster Eingriff des Staates in die Grundrechte der Person sei von 1996 bis 2006 drastisch gestiegen: von 176 auf 400. Wie viele Rückfälle damit verhindert wurden, sei je-

doch ungeklärt, heißt es in der Stellungnahme. Wahrgenommen würden allein jene Fehler, bei denen sich eine „positive“ Prognose im Nachhinein als falsch erwiesen habe, der Betroffene also erneut straffällig geworden sei.

„Nur wer ausschließlich die seltenen gravierenden Rückfälle registriert und die Gruppe der zu Unrecht Eingesperrten kontinuierlich ausblendet, kann den weiteren Ausbau der Sicherungsverwahrung betreiben“, sagt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Die Sicherheit der Allgemeinheit könne nur erreicht werden durch eine adäquate Behandlung und entwicklungsbezogene Förderung innerhalb des Jugendstrafvollzuges, eine qualifizierte Vorbereitung der Haftentlassung und die Nachbetreuung durch Bewährungshilfe und Freie Straffälligenhilfe sowie gegebenenfalls eine Führungsaufsicht.

Streit um Finanzierung von Schulabschlüssen

Jeder vierte arbeitslose Jugendliche, der Hartz-IV-Leistungen erhält, hat keinen Schulabschluss. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will dennoch die Förderung von Kursen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses nach dem SGB II einstellen. Das halten sowohl der Paritätische als auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die Jugendorganisationen im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit für falsch.

In ihren Stellungnahmen ans Ministerium warnen sie davor, unterschiedliche Rechtauslegungen und offene Zuständigkeitsfragen auf dem Rücken benachteiligter Jugendlicher auszutragen. Die anerkanntermaßen notwendi-

gen und guten Hilfen zur beruflichen Eingliederung dürften keinesfalls wegfallen, fordern die Verbände.

Über die richtige Förderung von Jugendlichen nach dem SGB II gibt es bereits seit Monaten einen Streit zwischen Bund und Ländern, der dazu führt, dass die Optionskommunen und Arbeitsgemeinschaften einzelne Förderangebote für Jugendliche einstellen. Die Zukunft vieler erfolgreicher Projekte ist damit gefährdet.

„Mehr als ein Drittel aller Förderangebote für Jugendliche wird auf Basis der sogenannten sonstigen weiteren Leistungen finanziert“, erklärt Tina Hofmann, Referentin für Jugendsozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband. „Viele dieser niedrigschwelligen

Maßnahmen haben sich zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen bestens bewährt. Sie helfen ihnen, Schlüsselkompetenzen aufzubauen und sich auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorzubereiten.“ Unter den vielfältigen Förderangeboten, die jetzt zur Debatte stehen, sind auch solche Angebote, mit denen Jugendliche und junge Erwachsene fehlende Schulabschlüsse nachholen können. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hält deren bisherige Förderung mit Mitteln der Optionskommunen sowie Arbeitsgemeinschaften für unzulässig. Es sei Aufgabe der Länder und nicht des Bundes, dafür zu sorgen, dass junge Menschen einen Schulabschluss erhalten.

Musik mit allen Sinnen erleben

Gütesiegel des Deutschen Chorverbandes für die Bremer Riesenzwerge

Die Riesenzwerge in Bremen haben seit Sommer einen Felix. Das ist ein dickbäuchiger, beschwingter Vogel – das Gütesiegel des Deutschen Chorverbandes. Wo Felix hängt, weiß jeder gleich: Die singen gern.

Nochmal!“ „Noooooochmal!!“ Die neun ein- bis dreijährigen Kinder wollen unbedingt „Zwerg Wackelmütze“ zum dritten Mal singen. Während Erzieherin Simone Krüger vorsingt, stimmen die Lütten so gut es geht ein. Dabei formen sie eine spitze Mütze über dem Kopf, wackeln mit den Köpfchen, lachen, reiben sich die Hände, klopfen auf den Bauch, stampfen mit den Füßen und fallen schließlich um. Bumm. „Noooooochmal!“

„Kinder lieben Wiederholungen“, erklärt Simone Krüger hinterher. Einmal pro Woche singt, spielt und tanzt sie mit den Kleinen alte und neue Lieder und Bewegungsspiele. Maximal 20 Minuten dauert die frühe musikalische Förderung. Ein Glück, dass die Erzieherinnen der Gruppen immer dabei sind. So lernen auch sie das Repertoire und können es täglich mit den Kleinen trällern. Denn vom Morgenkreis bis zum Abschied – gesungen wird bei den Riesenzwerge so oft, wie es passt.

„Es passt eigentlich immer“, sagt Simone Krüger. Andernfalls wäre Felix enttäuscht wieder weggeflogen.

Denn: Tägliches Singen ist eine Voraussetzung, um Felix, das musikalische Gütesiegel, drei Jahre lang tragen zu dürfen. Geeignete Liedauswahl, auch aus fremden Kulturen, Aufführungen von Liedern, Tanz- und Bewegungsspielen und der Einsatz von Rhythmusinstrumenten sind weitere Bedingungen. Und noch eins: Die Lieder müssen in einer Tonhöhe gesungen werden, die kindlichen Stimmen entspricht. Und das heißt: Sie müssen hoch gesungen werden. Vielen Erzieherinnen fällt das schwer. „Um die hohe Tonlage zu erwischen, muss man regelmäßig üben“, erklärt Simone Krüger. Sie selbst hat von klein auf gesungen, später Flöte, Geige und Gitarre gelernt und Musik zum einem Schwerpunkt ihrer Ausbildung gemacht.

„Wir haben Glück, dass Frau Krüger so gerne Musik macht“, sagt Katja Kukolka, die Leiterin der Riesenzwerge. So



fällt es leicht, dem Wunsch der Eltern nach viel Musik bei den Riesenzwerge zu entsprechen. Eine russische Mutter hatte vor Jahren berichtet, dass in ihrer Heimat sogar den Einjährigen systematisch die Musik nähergebracht wird. Begonnen hat der Elternverein dann doch lieber mit den Großen aus der Drachengruppe, ein Jahr später begannen auch die Mäuse- und die Frösche-Gruppe zu singen und tanzen. Mit Erfolg. „Die Musik steigert die Kommunikationsfähigkeit der Kinder“, erklärt Katja Kukolka. Laut und leise singen, kraftvoll stampfen oder zart piepsen – auch scheue Kinder können sich durch Musik wunderbar äußern. Und alle lernen ganz nebenbei, sich besser sprachlich auszudrücken.

Der Körper als Instrument

Musik-Anna ist da. Sie lässt einen kleinen gelben Ball von Kind zu Kind rollen und bittet singend um die Namen der Kinder. Anna Holzhausen ist Musikpädagogin und fördert die Drachenkinder. Mit ihren vier bis sechs Jahren sind sie schon kleine Musikprofis. Auf Annas Frage „Wie kann man mit dem Körper Musik machen?“ ist Klatschen noch der simpelste Vorschlag. Mit den Beinen schlagen, empfehlen die Kinder, vorsichtig auf den Kopf klopfen, mit den Fingern schnipsen, Handflä-



Der Körper als Instrument: Mit den Fingern schnipsen, klopfen, schlagen – auch so kann man Musik machen
Fotos: Gerlinde Geffers



Bilder statt Noten – gespannte Aufmerksamkeit herrscht, wenn die Kinder Neues lernen

chen auf den Boden schlagen, mit den Fingern auf den Boden klopfen – die Ideen sprudeln nur so. Damit alle wissen, welches Körperinstrument sie gerade spielen sollen, malt Anna für jedes Instrument ein Bild. Als Symbol für „sanft mit dem Finger auf den Kopf klopfen“ erfinden die Kinder Regentropfen, die Hand steht für Klopfen auf dem Boden, die Füße für Stampfen. In eine Reihe gelegt entsteht so eine Bilderpartitur für das Lied, das Anna mit glockenheller Stimme vorsingt und dirigiert.

„Je mehr Körperteile man mit einbezieht, desto mehr festigt es einen Rhythmus“, erklärt die Musikpädagogin Kathrin Bratschke. Sie hat die frü-

he musikalische Förderung bei den Riesenzwergen aufgebaut und nun eine Babypause eingelegt.

Einen Vogel hochfliegen lassen

„Alles, was Kinder musikalisch lernen sollen, müssen sie mit allen Sinnen erleben“, sagt sie. Den Wechsel von hohen und tiefen Tönen zum Beispiel lernten die Kinder, wenn sie mit Bewegungen einen Vogel hochfliegen lassen. Einen Rhythmus klatschen oder trommeln sie, die musikalische Struktur von Liedern spüren sie, wenn sie nach der Musik tanzen.

Auf Noten und lange Erklärungen dagegen verzichten die Musikpädagoginnen: „Das lernen die Kinder später sehr

schnell.“ Wenn sie jeden Tag Musik machten, hätten sie das im Blut.

Einmal im Monat ziehen die Riesenzwerge mit ihren Liedern ins Alten- und Pflegeheim auf der Straßenseite gegenüber. „Hockerrunde“ nennen die Kleinen das gemeinsame Singen. Sie erleben dort, wie ein Physiotherapeut mit ihnen und den alten Menschen Bewegungen macht, bei denen man – statt wie gewohnt auf dem Boden – auf dem Hocker sitzen kann. So singen sie ihre Lieder und lernen die Lieder der Großeltern-Generation. „Musik ist die schönste Gemeinschaftstat überhaupt“, hat Bremens Ex-Bürgermeister Henning Scherf gesagt, als er den Riesenzwergen ihren Felix überreichte: „Man erlebt sich selbst neu und lernt, aufeinander zu hören.“ Kein Wunder, dass es täglich bei den Riesenzwergen tönt: „Nochmal! Nooooochmal!“

Gerlinde Geffers

Kontakt

Kindergruppen Riesenzwerge,
Herderstraße 28,
20203 Bremen,
Tel.: 04 21/70 29 46,
E-Mail: kontakt@riesenzwerge.de,
www.riesenzwerge.de.

Finanzen für den sozialen Bereich

Der Paritätische Gesamtverband ist Mitherausgeber des „Arbeitshandbuch: Finanzen für den sozialen Bereich“, das auch ein umfangreiches Kapitel zur europäischen Förderpolitik beinhaltet.

Weitere Themen sind unter anderem: Moderne Fundraising-Strategien, Bankkredite aber auch Unternehmenskooperationen oder Fördermittel von Stiftungen.

Das 1.200 Seiten umfassende Basis-Arbeitshandbuch, zu dem es Aktualisierungen gibt, wird direkt vom

Verlag vertrieben. Es kostet 99 Euro plus Mehrwertsteuer und Versandkosten.

Nähere Informationen gibt es unter www.dashoefler.de/paritaet.

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen erhalten einen Rabatt von 20 Prozent auf das Grundwerk und 15 Prozent auf Aktualisierungslieferungen.

Weitere HerausgeberInnen sind die Bank für Sozialwirtschaft AG, Professor Dr. Bettina Hohn und die neues handeln GmbH.

Empower disabled People

Im Rahmen der Europäischen Entwicklungspartnerschaft „Empower disabled people in the European Union“ haben sich die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) und ihre Projektpartner aus Schweden und Slowenien mit Hindernissen beschäftigt, die Menschen mit Behinderung das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der EU verwehren. Eine DVD dokumentiert die Projektergebnisse. Sie ist erhältlich bei ISL e.V., Jordanstraße 5, 34117 Kassel, Tel.: 0561/5297164, E-Mail: kreichenbach@isl-ev.org.

Aktionsprogramm „Aktiv im Alter“

„Alter schafft Neues – Aktiv im Alter.“ So heißt ein neues Aktionsprogramm, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den Bundesländern, kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Netzwerken und Seniorenorganisationen ins Leben gerufen worden ist. Ziel ist es, das Leitbild des „Aktiven Alters“ in den Kommunen zu verankern und eine „soziale Bewegung“ für eine aktive Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft in Gang zu setzen.

Gemeinsam verfassen die Partner des Modellprogramms unter Federführung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) derzeit das Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“. Das Memorandum soll die Grundsätze und Leitlinien

für die gemeinsame Arbeit enthalten und die Länder, Kommunen und Verbände dazu aufrufen, sich begleitend, unterstützend und mit eigenen Vorhaben in den Prozess der Politik für ein aktives Alter einzubringen.

Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wird das Memorandum am 2. April 2008, am Tag der älteren Generation, in Berlin offiziell überreicht bekommen.

Am 2. und 3. April findet in Berlin auch eine Fachtagung statt, bei der die Leitlinien des Memorandums „Chancen des Alters – Chancen des demographischen Wandels“ präsentiert und Handlungsperspektiven für die Bereiche „Infrastruktur für ein aktives Alter“, „Politische Partizipation“, „Wohnen und Wohnumfeld“, „Nachbarschaftshilfen und Dienstleistungen“, „Sport, Gesundheit, Prävention“ sowie

„Bildung und Kultur“ in Workshops diskutiert werden.

Zunächst 50, später weitere 100 Kommunen werden in einer Erprobungsphase die Leitlinien des Memorandums „Mitgestalten und Mitentscheiden“ an ausgewählten Handlungsfeldern umsetzen. Ältere Bürgerinnen und Bürger sowie kommunale Entscheidungsträger und Vertreter der Verwaltungsebene sollen in „lokalen Foren“ gemeinsam Initiativen für eine stärkere Bürgerbeteiligung entwickeln und praktische Erfahrungen sammeln.

Über die Teilnahme der Kommunen an der Erprobungsphase wird in einem Wettbewerb entschieden, der im April ausgeschrieben wird.

Nähere Informationen zum Gemeinschaftsprogramm „Aktiv im Alter“ gibt es im Internet auf der Homepage www.bmfsfj.de.

Ehemalige Heimkinder fordern Gerechtigkeit

Bundestag befasst sich mit Petition | Betroffene und Experten angehört

Als ich 14 war, holte mich die Polizei und führte mich in Handschellen wegen ‚sittlicher Verwahrlosung‘ ab“, erzählt Dietmar Krone. Den Rest seiner Kindheit und Jugend verbrachte der heute 53-Jährige in der geschlossenen Erziehungsanstalt Viersen-Süchteln, aus der er erst 1973, mit 19 Jahren, entlassen wurde. Die schrecklichen Erinnerungen an Gewalt und Missbrauch, die er damals erlebt hat, haben sein ganzes Leben geprägt. In seinem Buch „Albtraum Erziehungsheim“ hat er die schlimmen Erlebnisse aus dieser Zeit aufgearbeitet.

So wie Dietmar Krone haben Tausende junger Menschen in den 50er- und 60er-Jahren in staatlichen und kirchlichen Heimen Unrecht und Gewalt erlitten. Statt eine Schulausbildung zu erhalten oder einen Beruf zu erlernen, mussten sie für wenige Pfennige an Fließbändern oder in der Landwirt-

schaft des aufstrebenden Wirtschaftswunderlandes Bundesrepublik arbeiten. „Ich habe für einen Stundenlohn von vier Pfennig bei Braun Rasierapparate montiert, für Miele und Rowenta geschuftet“, erzählt Krone. Sozialversicherungsbeiträge zahlten die Heimträger, die ein Vielfaches von den Firmen für die billigen Arbeitskräfte erhielten, nicht. Heute wird diese Zeit bei Rentenansprüchen nicht angerechnet. Als Krone 1973 versucht, in Berlin ein neues Leben anzufangen, hat er ohne Ausbildung und als „Heimzögling“ wenig Chancen.

Opfer haben sich in Verein zusammengeschlossen

Im „Verein ehemaliger Heimkinder e.V.“, der Mitglied im Paritätischen Nordrhein-Westfalen ist, haben sich einige Opfer im Sommer 2005 zusammengeschlossen. Der Verein will die

skandalösen Zustände der Heimerziehung von damals öffentlich machen. Er fordert, mit Forschung und Therapie eine kollektive und individuelle Aufarbeitung zu ermöglichen, Rentenansprüche anzuerkennen und eine gemeinsame Entschädigungslösung zu finden. Diese Ziele sind Inhalt einer Petition, mit der sich der Bundestag derzeit befasst. In drei Anhörungen kamen seit Dezember 2006 Betroffene, Heimträger und jetzt Wissenschaftler zu Wort. Da die Anhörung nicht öffentlich war, organisierte der VEHEV im Anschluss eine Pressekonferenz. Dass grundlegende strukturelle Defizite den Behörden bekannt waren, stellte etwa Prof. Manfred Kappeler von der TU Berlin fest. Die Fachkraftquote in Berliner Kinderheimen habe damals bei 13 Prozent gelegen. Sein Kollege, der Jurist Prof. Johannes Mündler, ordnete die damalige Situation in

einen historischen Kontext ein. Die Gründe, warum Kinder damals in Heime kamen, scheinen aus heutiger Sicht unvorstellbar: etwa weil die Mutter in „wilder Ehe“ lebte. Deutlich wurde in der Anhörung auch, wie gesellschaftliche Instanzen, einschließlich der 1961 eingeführten staatlichen Heimaufsicht, in das System von Ausbeutung und Unterdrückung involviert waren. Mit der dritten und letzten Anhörung des Petitionsausschusses im Januar sind die Parlamentarier nun in der Phase, in der eine Empfehlung an den Bundestag über den Umgang mit ehemaligen Heimkindern ausgesprochen werden muss. Ihre Entscheidung ist

die letzte Hoffnung von Dietmar Krone und vielen anderen früheren Heimkindern. „Die früheren Heimträger und die Firmen, für die wir gearbeitet haben, setzen auf die biologische Lösung und werden Renten- und Entschädigungszahlungen so lange wie möglich herauszögern“, fürchtet der 53-Jährige, der an Krebs erkrankt ist und an den Spätfolgen der Misshandlungen leidet.

Martin Franke

Kontakt:

Verein ehemaliger Heimkinder e.V.,
Internet www.vehev.org.



1957: Blick in einen Schlafsaal

Chancengerechtigkeit bleibt ein Thema

Der Paritätische Landesverband Sachsen-Anhalt hat das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ zum Anlass genommen, auf verschiedenen Ebenen darauf aufmerksam zu machen, was er unter Chancengleichheit versteht.

Um auf Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen und Ideen zu entwickeln, wie jeder dazu beitragen kann „Chancengerechtigkeit“ herzustellen, führte der Landesverband 2007 Fachtagungen, Events für die breite Öffentlichkeit, Aktionen und Diskussionsrunden für Landes- und KommunalpolitikerInnen und kulturelle Veranstaltungen durch. Auf seiner Auftaktveranstaltung im März veröffentlichte er Thesen, die im Dezember in einen Forderungskatalog mündeten, der den politisch Verantwortlichen deutlich machen soll, was alles geschehen muss, um Menschen mit Behinderung, benachteiligten Menschen wie zum Beispiel Kindern und alten Menschen gleichwertige Chancen zu eröffnen. „Es ist uns wichtig, öffentlich mehr Bewusstsein für die Situation benachteiligter Menschen und deren Probleme zu schaffen“, sagt Evelin Nitsch-Boek, Grundsatzreferentin für Behindertenhilfe beim Landesverband Sachsen-Anhalt. „Wir haben durch das Jahr der Chancengleichheit 2007 den Blick für Chan-

cenungerechtigkeit deutlich geschärft und uns Gehör verschafft. Daran gilt es auch im Jahr 2008 anzuknüpfen. Denn Chancengerechtigkeit/Chancengleichheit stellt ein Querschnittsthema im Sinne aller sozialpolitischen Entwicklungen dar. Insofern kann und darf das Thema des EU-Jahres 2007 nicht mit dem 31. Dezember beendet sein! Unsere Forderungen werden daher auch eine wichtige Rolle in der Verbandsarbeit in Sachsen-Anhalt in diesem Jahr spielen.“

Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe

Unter anderem setzt sich der Paritätische Landesverband ein für die Schaffung der im Antidiskriminierungs-gesetz vorgesehenen Antidiskriminierungsstellen in Sachsen-Anhalt. Er fordert zudem die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII, insbesondere durch eine landesweit abgestimmte Netzplanung ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfeangebote. Notwendig sei zudem eine nachhaltige Bekämpfung der Armut, wozu auch der Um-

bau des Bildungssystems erforderlich sei, um Chancengleichheit zu gewährleisten. So müsse beispielsweise der hohe Anteil an Förderschulplätzen kritisch analysiert und freie Schulen mit staatlichen Schulen gleichgestellt werden.

Zum Abschluss des Europäischen Jahres lädt der Landesverband für Ende März das Musicalteam des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes mit dem Stück „Stärker als die Dunkelheit“ nach Magdeburg ein. Das beeindruckende Stück von und mit blinden und sehbehinderten Akteuren erinnert an die Gründung der ersten Blindenschule Deutschlands 1806 in Berlin und erzählt am Beispiel eines jungen Mannes vom Hunger auf Bildung, von der Befreiung aus fürsorglicher Bevormundung und dem Streben nach einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben.

Wer sich näher für die Forderungen und Thesen des Landesverbandes zum Thema „Chancengleichheit für alle“ interessiert, erfährt Details auf der Homepage des Landesverbandes: www.paritaet-lsa.de.

KfW hilft beim Energiesparen

Förderprogramme für Sanierung und Neubau

Das Thema Energiesparen ist hochaktuell. Steigende Heizkosten und die Diskussion um den Klimawandel machen deutlich, wie wichtig der sparsame Umgang mit Energie geworden ist. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fördert mit zinsgünstigen Darlehen die energiesparende Sanierung und den ökologisch vorbildlichen Neubau von Wohn-, Alten- und Pflegeheimen.

Je weniger die Umwelt durch ein Gebäude nach einer Baumaßnahme belastet wird, umso günstiger fällt auch die finanzielle Unterstützung für die Sanierung beziehungsweise den Bau durch die KfW aus. Welche Förderprogramme der KfW können Träger von Wohn-, Alten- und Pflegeheimen oder Gebäuden für betreutes Wohnen in Anspruch nehmen?

Zunächst ist zu unterscheiden, ob es sich um ein bestehendes Gebäude oder um einen Neubau handelt. Voraussetzung ist ferner, dass das zu sanierende oder neu zu errichtende Gebäude überwiegend Wohnzwecken und nicht in erster Linie beispielsweise therapeutischen Aufgaben dient.

Nach den geplanten Baumaßnahmen richtet sich schließlich der Einsatz des entsprechenden KfW-Förderprogramms. Wenn ein bestehendes Gebäude umfangreich energetisch saniert werden soll – etwa durch Wärmedämmung von Dach und Außenwänden oder die Erneuerung der Fenster beziehungsweise der Heizung –, ist das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die erste Wahl.

Erreicht zum Beispiel ein Altbau, der bis zum 31. Dezember 1983 fertiggestellt worden ist, nach der Sanierung das Neubau-Niveau gemäß der Energieeinsparverordnung (EnEV), gewährt die KfW einen Tilgungszuschuss von fünf Prozent des Zusagebetrages. Wenn das Neubau-Niveau um mindestens 30 Prozent unterschritten wird, gewährt die KfW sogar einen Tilgungszuschuss von 12,5 Prozent des Zusagebetrages.

Soll hingegen ein energieeffizienter Neubau errichtet werden, kann eine

Förderung über das KfW-Programm Ökologisch Bauen in Anspruch genommen werden. Auch in diesem Programm sind die Kreditkonditionen sehr attraktiv und unter Kapitalmarktniveau. Wie im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm können für jede Wohneinheit, die aus mindestens einem Wohnschlafraum besteht, maximal 50.000 Euro Kreditmittel in Anspruch genommen werden.

Die Sanierung von bestehenden Wohn-, Alten- und Pflegeheimen kann neben dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auch durch eine Förderung

aus dem Programm „Wohnraum-Modernisieren“ gefördert werden. Über dieses Programm werden Maßnahmen gefördert, die nicht die Standards des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms erreichen. Die Beantragung eines Förderdarlehens bei der KfW muss vor Beginn der Baumaßnahme erfolgen. Auch für alle anderen Maßnahmen, die gemeinnützige Investoren durchführen, wie Kindertagesstätten und Werkstätten für behinderte Menschen, hat die KfW zinsgünstige Förderangebote. Alle Darlehensprogramme sind bei einer Bank, Sparkasse oder Bausparkasse zu beantragen.

Nähere Informationen und Antragsformulare gibt es im Internet unter www.kfw-foerderbank.de. Fragen beantwortet bei der KfW Falk Nitzsche unter Tel.: 0 30/2 02 64-57 98, E-Mail: falk.nitzsche@kfw.de.

Leserbrief

Zum Bericht „Kleines Kinderglück“ in der Ausgabe 1/08 (Seite 6) erreichte uns folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr verwundert war ich beim Lesen Ihrer Zeitschrift „Der Paritätische“, die für mich immer eine gute und umfassende Lektüre zur Situation in Deutschland und deren Problemfeldern darstellt.

Ihr Artikel „Kleines Kinderglück“ zeigt, wie wichtig sogenannte Familienhäuser, Mehrgenerationenhäuser sind. Jedoch finde ich es sachlich nicht richtig, dafür den Begriff Frühförderung zu verwenden. Damit mindere ich nicht die beschriebene Aufgabe der genannten Erzieherin in Ihrem Bericht, jedoch ist es gerade in der jetzigen Zeit wichtig, die Begriffe „sauber“ auseinander zu

halten. Eine Außenstelle einer Frühförderstelle sollte auch in einem solchen Familienhaus einen Platz haben. Aber Frühförderung ist ein hoch differenziertes System, welches mittlerweile in ganz Deutschland verankert ist.

Der Begriff Frühförderung wird „uns schon von der Politik geklaut“ für etwas, was Kinderschutz und Prävention im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bedeutet, sodass ich als Leiterin einer Frühförder- und Beratungsstelle, deren Träger im Paritätischen Mitglied ist, hiermit Ihnen mein Ärger mitteilen muss!!!!

Martina Ertel,
Leiterin
Frühförder- und Beratungsstelle,
Grünberger Str. 222,
35394 Gießen

Ein neues Zuhause bei Undine

Sozialwerk des dfb in Berlin hilft Obdachlosen mit Wohnprojekt

Innen an seiner Wohnungstür hängt ein Bild. „UNDINE – hier werden Sie geholfen“ steht darauf. Manfred Hartmann hat ein Foto des Hauses am Computer bearbeitet und mit dem Werbeslogan versehen. Seit etwa anderthalb Jahren lebt er in Berlin-Lichtenberg im Wohnprojekt Undine, das vom Sozialwerk des dfb (Dachverband) e.V. getragen wird.

Erst verlor er seinen Job als Seefahrer, dann ließ sich seine Frau von ihm scheiden. Manfred Hartmann bekam finanzielle Schwierigkeiten und verlor schließlich auch noch seine Wohnung. Eineinhalb Jahre verbrachte er in kommunalen Unterkünften für obdachlose Menschen, mit drei Männern auf einem Zimmer. „Das bringt einen nicht weiter“, sagt er. Ein Mitarbeiter des Sozialamtes gab ihm die Empfehlung, sich bei „Undine“ zu bewerben. Obwohl er sich am Anfang mit der Entscheidung schwertat – er hatte Bedenken in ein Haus einzuziehen, das einen Frauennamen trägt und von einer Frauenorganisation betrieben wird. Seinen Entschluss hat er nicht bereut. „Hier wird nicht nur etwas versprochen, sondern auch schnell und konkret geholfen“, sagt Hartmann.

„Wir wollen Menschen unterstützen, die obdachlos sind oder vor dem Verlust ihrer Wohnung stehen“, erklärt die Geschäftsführerin des Sozialwerkes des dfb, Regina Penske. 40 Personen wohnen in dem fünfstöckigen Gebäude in der Hagenstraße 57. Die Wohnungen sind jeweils zirka 22 Quadratmeter groß, mit Schlafcouch, Regalwand, Sesseln, Fernseher, Radio, einer kleinen Küche, Dusche und WC ausgestattet. Bevor ein Mieter einziehen kann, wird ein Grundsatzgespräch geführt. „Hier muss der Bewerber deutlich machen, dass er seine Probleme aktiv in Angriff nehmen will“, betont



Manfred Hartmann hat bei UNDINE wieder festen Boden unter die Füße bekommen und sich sein neues Zuhause gemütlich eingerichtet
Foto: Rühl

die Geschäftsführerin. Ein Drittel der Undine-Bewohner sind unter 30 Jahre alt. „Nach der Wiedervereinigung waren gerade in Ostdeutschland viele Familien von Arbeitslosigkeit betroffen, viele Kinder sind dann in Sozialhilfefamilien aufgewachsen, haben keinen Schulabschluss und keine Ausbildung“, berichtet Regina Penske. Aber inzwischen seien das alles längst keine „Ost-Probleme“ mehr.

Sich wieder an einen geregelten Tagesablauf gewöhnen

Drei Sozialarbeiterinnen und eine Teamleiterin sind in Vollzeit in dem Projekt beschäftigt. Die Hilfe wird vordergründig in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Finanzen und Gesundheit angeboten. Die meisten BewohnerInnen müssten wieder lernen, sich an Regeln zu halten und sich an einen geregelten Tagesablauf gewöhnen. Sich selbstständig mit Lebensmitteln versorgen, die Post regelmäßig öffnen und beantworten – das alles muss wieder einge-

übt werden. Auch ihre finanzielle Situation versuchen die BewohnerInnen mit Hilfe der BetreuerInnen in den Griff zu bekommen. Oft haben sie auch durch die Verlockungen der Werbung und durch schnelle Kredite verführt jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Ein Betreuer oder eine Betreuerin begleiten die Männer und Frauen – wenn es nötig ist – anfangs bei Behördengängen. „Ich bin da früher schnell mal laut geworden“, sagt Manfred Hartmann. Mit den HausbewohnerInnen werden zudem Bewerbungstrainings durchgeführt und Stellenangebote ausgewertet. Zudem können sie in einem PC-Kabinett an von einer Bank gespendeten Geräten Computerkenntnisse erwerben oder ausbauen. Ein großes Problem vieler Menschen, die obdachlos sind, ist die Abhängigkeit von Alkohol: „Wir müssen unsere Klienten zunächst zur Einsicht bringen, dass sie ein Problem haben und ihnen im zweiten Schritt deutlich machen, dass sie nicht alleine sind, wenn

sie es lösen wollen“, erklärt Betreuerin Petra Martiens-Ziegler. Ein weiteres Ziel des Teams ist es, dass die BewohnerInnen von Undine auch wieder Kontakt zu ihren Familien aufnehmen können. Manfred Hartmann ist stolz darauf, dass er seinem 25-jährigen Sohn wieder Vater sein kann. Drei Jahre lang hatte er ihn nicht gesehen. „Jetzt treffen wir uns fast täglich, und das macht mich sehr glücklich.“

Ehrenamtliche Arbeit stärkt das Selbstbewusstsein

Den Bewohnern und Bewohnerinnen des Hauses wird angeboten, Arbeiten im Haus zu übernehmen. Sie pflegen den Garten, reinigen das Treppenhaus, leisten Näh- und Bügelarbeiten, betreiben die Bibliothek und filmen Festveranstaltungen. Ein Bewohnerrat kommt regelmäßig zusammen und bespricht, was weiter verbessert werden kann. Für ihr unentgeltliches Engagement bekommen sie einen Ehrenamtsvertrag, in dem aufgelistet ist, welche Leistungen sie erbracht haben. Diese aktivierenden Maßnahmen stärken das Selbstbewusstsein.

Ein wichtiges Anliegen des Undine-Teams ist die Einbindung in den Kiez. Im Erdgeschoss des Hauses befindet sich das Sozio-kulturelle Zentrum Alt-Lichtenberg, auch kurz Kieztreff genannt. „Wir mussten bei Ämtern und Behörden viel Überzeugungsarbeit leisten, um den Kieztreff unter einem Dach mit dem Wohnprojekt starten zu

können. Wir sehen die Verknüpfung beider Projekte als großen Vorteil“, sagt Regina Penske. „So können Hemmschwellen auf beiden Seiten abgebaut werden, sowohl bei unseren Bewohnern wie auch bei den Menschen in der Umgebung.“

Das Sozio-kulturelle Zentrum macht vielfältige Freizeitangebote in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport. Mehr als 1.200 Menschen besuchen monatlich die Veranstaltungen. Sie können sich auch bei Fragen zu Rente, Miete oder Gesundheit beraten lassen. Bei Sucht- oder Schuldenproblemen ist eine Weitervermittlung möglich.

Seit 2000 bietet das Sozialwerk berlinweit auch ambulante Hilfen zum Wohnungserhalt und zur Wohnungserlangung (WuW) an. Deshalb ist Undine inzwischen nicht nur in Lichtenberg ein Begriff. Finanziert werden beide Maßnahmen von den zuständigen Sozialämtern. Geschäftsführerin Regina Penske ist stolz darauf, dass zusätzlich zu staatlichen Mitteln regelmäßig Spenden eingeworben werden können. Seit dem Start 1996 unterstützt die Sängerin Dagmar Frederic das Wohnprojekt. Sie ist nicht nur bei den Benefizkonzerten, Sommerfesten und Weihnachtsfeiern aktiv, sondern schaut auch spontan mal vorbei oder ruft an, um nachzufragen wie es läuft. Zudem hat sie den Kontakt zu zahlreichen weiteren Künstlern hergestellt, die Undine dauerhaft unterstützen. Auch über zahlreiche Sachspenden aus der Bevöl-

Sozialwerk des dfb

Der Träger des Wohnprojektes Undine, das Sozialwerk des dfb (Dachverband) e.V. kann 2008 auf eine 15-jährige erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Er betreibt insgesamt elf Einrichtungen in den Berliner Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Trep-tow-Köpenick. Die vielfältigen Angebote dort richten sich besonders an Frauen und Familien, Kinder sowie Seniorinnen und Senioren.

kerung freut sich das Betreuerteam. Bisher konnten die Wohnungen vorwiegend aus Spenden zweckmäßig und dennoch behaglich eingerichtet werden. Und wer es wünscht kann nach dem Auszug aus Undine seine Ausstattung mitnehmen in die neue Wohnung. Wenn die Bewohner nach maximal zwei Jahren Undine verlassen, werden sie noch ein halbes Jahr in der eigenen Wohnung außerhalb des Wohnprojekts nachbetreut. Die meisten halten auch danach noch den Kontakt. „Da kommt es auch schon mal vor, dass ich in der U-Bahn von ehemaligen Bewohnern angesprochen werde, die sich nochmal bedanken und sagen, dass es ihnen jetzt besser geht“, erzählt Geschäftsführerin Regina Penske.

Matthias Rühl

Konferenz: Prävention gegen häusliche Gewalt

Unter dem Titel „Präventionsmaßnahmen gegen häusliche Gewalt: Was kann Schule machen?“ veranstaltet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am Dienstag, 3. Juni 2008, eine ganztägige Fachkonferenz in Berlin.

Im Plenum und in mehreren Workshops sollen Präventionsprojekte vorgestellt, Erfahrungen und Ergebnisse diskutiert und gemeinsam Lösungen gefunden werden. Das Programm reicht von der Vorstellung schulischer Präventionsmaßnahmen über die

Diskussion von Kooperationsmöglichkeiten von Schule und Jugendhilfe bis zu Darstellung von Umsetzungsmöglichkeiten im Unterricht. Wesentliche Impulse aus der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ werden ebenfalls aufgegriffen. Die Konferenz richtet sich bundesweit an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren unter anderem aus Schule, Wissenschaft, Politik, Kinder- und Jugendhilfe, Verbänden und dem Anti-Gewalt-Bereich, die sich mit dem Themenfeld beschäftigen.

K o n t a k t

SOZIALWERK des dfb
(Dachverband) e.V.,
Regina Penske,
Hagenstraße 57,
10365 Berlin,
Tel.: 0 30/5 77 99 40,
Fax: 0 30/5 77 99 422,
E-Mail: SOZIALWERKdfb@aol.com,
Internet: www.frauen-dfb.de.

Kaum dabei, schon mittendrin

Gerd Häuser, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V.

Seit Juni 2007 ist Gerd Häuser Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V., dem insgesamt mehr als 760 regionale Tafeln angehören. Sie versorgen fast eine Million Menschen mit gespendeten Lebensmitteln. Das sind fast doppelt so viele Tafel-Kundinnen und -kunden wie vor zwei Jahren.

Der Erfolg der Tafeln zeigt leider überdeutlich: Obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, herrscht hier echte Not“, sagt Gewerkschafter und SPD-Kommunalpolitiker Häuser. „Unsere 32.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer erleben jeden Tag aus nächster Nähe, mit welchen Schwierigkeiten vor allem Familien zu kämpfen haben, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.“

Was den 59-Jährigen besonders empört: Etwa ein Viertel der Tafelkunden sind Kinder und Jugendliche – in einigen Städten sind es sogar fast schon die Hälfte. „Ich finde es skandalös, dass die Tafeln mit ihren Pausenbrotinitiativen in Schulen und Kitas in die Bresche springen müssen, damit Kinder aus benachteiligten Familien nicht mit hungrigem Magen lernen und spielen müssen“, sagt der Vater einer Tochter und dreifache Großvater. „Es ist Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, dass jedes Kind in der Schule zu Mittag essen kann, und zwar unabhängig von den finanziellen Mitteln seiner Eltern.“

Soforthilfe, wo es nötig ist

Kritik, wonach die Tafeln nur Almosen verteilen und nicht wirklich etwas an der Misere der von Armut betroffenen Menschen ändern, verunsichert Gerd Häuser nicht: „Die Tafeln leisten Soforthilfe, wo es nötig ist. Wir verteilen keine Almosen, sondern geben den Menschen das, was ihnen zusteht. Und wir machen zugleich auch politisch Druck, indem wir öffentlich immer wieder auf die Notlage der Menschen hinweisen, die zu uns kommen.“ Das tun nicht nur die einzelnen Tafeln vor Ort, sondern auch der Bundesverband,

der seit zwei Jahren dank einer großzügigen Spende eines Großhandelsunternehmens eine Geschäftsstelle mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen hat, die nicht nur Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit betreibt, sondern auch unentbehrlich ist für die Verteilung von Großspenden an die einzelnen Tafeln. 15 Jahre ist es her, dass die erste Tafel in Berlin gegründet wurde. „Jetzt haben wir bundesweit schon fast 800 dieser Einrichtungen. Damit gehören wir inzwischen zu den großen Sozialverbänden“, sagt der Bundesvorsitzende.

Der gebürtige Hesse, der durch seine bei der Arbeiterwohlfahrt arbeitende Ehefrau Kontakt zur „Harzer Tafel“ in Quedlinburg bekam, übernahm dort 2001 das Amt des Vorsitzenden. Ein Jahr später wurde er bereits Ländervertreter der Tafeln Sachsen-Anhalts im Tafel-Bundesverband. „Ich wusste gerade mal, wie man Tafel schreibt, da war ich auch schon mittendrin“, scherzt er. „Wenn ich mich für etwas engagiere, hänge ich mich ganz rein“, sagt der Sozialdemokrat, der auch Ortsvorsitzender der Quedlinburger SPD sowie Mitglied des SPD-Kreisvorstandes ist und in den 80er-Jahren auch dem Bundestag angehörte. Das, wofür er sich engagiert, ist schon seit seiner Jugend die soziale Gerechtigkeit. Als Spross einer alteingesessenen, politisch engagierten Bauernfamilie ist er im hessischen Butzbach aufgewachsen und hat selbst, wie er erzählt, nie einen Mangel erleiden müssen. Er war in der evangelischen Jugend und bei den Pfadfindern und ging, nachdem er 20 Jahre beim Bundesamt für Wirtschaft tätig war, zum Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV. Derzeit ist Häuser beruflich bei Ver.di Mitteldeutschland in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt



Gerd Häuser, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V.

und Thüringen für den Bundesbereich zuständig. „Aber wegen meiner Tafelarbeit bin ich einen großen Teil meiner Arbeitszeit freigestellt.“

Kochkurse für Kinder

Die Arbeit der Tafeln beschränkt sich längst nicht nur auf das Verteilen von Nahrungsmitteln. Immer mehr Tafeln unterstützen Schulen und Kindertagesstätten mit Lebensmitteln, führen Restaurants, die zugleich soziale Treffpunkte sind, oder bieten Kochkurse für Erwachsene und Kinder an. „Wir werben aber auch ganz bewusst bei unseren Spendern Eintrittskarten für den Zoo und den Zirkus sowie Schreib- und Bastelbedarf ein – alles Sachen, die Kinder aus materiell schlechter gestellten Familien dringend brauchen, um nicht völlig ins Abseits zu geraten“, sagt Gerd Häuser. Besonders hat es ihn daher auch gefreut, dass die Tafeln zum Weihnachtsfest 2007 mehr als 12.000 Kinderbücher und 60.000 Hörspielkassetten verteilen konnten, die zwei Verlage gespendet hatten.

UB

Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung

Der Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung möchte mit seiner neu erstellten Broschüre über Zwangsverheiratung bedrohte oder betroffene Mädchen und Frauen sowie Freundinnen, Lehrerinnen oder Nachbarinnen informieren und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzeigen. In der Veröffentlichung werden Hintergründe wie die Motivation der Familie und die Abgrenzung zwischen arrangierter Ehe und Zwangsverheiratung diskutiert.

Durch die Darstellung einzelner Schicksale bekommen die Betroffenen eine eigene Stimme. Eine Auswahl von Adressen relevanter Beratungsstellen und Kriseneinrichtungen in Berlin bildet den abschließenden Teil der Broschüre.

Sie ist zu bestellen über: Mädchennotdienst Kreuzberg, Obentrautstraße 53, 10963 Berlin, Tel.: 0 30/21 00 39 99, www.maedchennotdienst.de.

Als Download steht sie im Internet zu Verfügung unter:

<http://big-interventionszentrale.de/veroeffentlichungen/broschueren/migrantinnen.html>.

„baumeister fürs leben“

Mit Unterstützung des Paritätischen Gesamtverbandes hat die Fachhochschule Magdeburg-Stendal einen informativen Film zur Jugendhilfeplanung produziert. Der 27 Minuten lange Streifen mit dem Titel „baumeister fürs leben – ein Lehrfilm für Jugendhilfeplanung“ stellt drei Praxisbeispiele vor: den Kinderladen Spiellemma, die Sekundarschule Thomas Müntzer und das Jugendwerk Rolandmühle. Diese sollen zur Beteiligung an Prozessen der Jugendhilfeplanung animieren.

Die DVD kann bei der Hauptgeschäftsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes gratis angefordert werden per E-Mail an Margitta Hagelskamp: jugendhilfe@paritaet.org.

Jugendsozialarbeit im Paritätischen

Die Jugendsozialarbeit hat sich im Paritätischen zu einem wichtigen Handlungsfeld innerhalb der Jugendhilfe entwickelt. Mehr als 500 Träger in diesem Bereich sind Mitglied in den 15 Landesverbänden des Paritätischen. Dazu kommen noch überregional tätige Mitgliedsorganisationen. Spannende und vor allem auch aktuelle Informationen über die Jugendsozialarbeit im Paritätischen finden Interessierte auf der Homepage www.jugendsozialarbeit-paritaet.de.

In der Datenbank Spektrum stellen Mitgliedsorganisationen ihre Arbeit vor. Regelmäßig wird auch ein „Projekt des Monats“ präsentiert, das sich durch eine besonders gute Idee, einen

innovative Ansatz und besonderes Engagement auszeichnet. In der Rubrik Aktuelles wird auf Termine, Studien, Richtlinien, Ausschreibungen und Neuerungen in der Jugendsozialarbeit hingewiesen. Seit Februar gibt es ein neues Serviceangebot – die „Förderdatenbank Übergang Schule – Beruf“. Um die Transparenz über Programme und Maßnahmen des Bundes und der Länder in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit und beim Übergangmanagement zu erhöhen, wurden Informationen von mehr als zwölf Bundesprogrammen und 146 Landesprogrammen zusammengestellt. Die Datenbank wird fortlaufend aktualisiert und ausgebaut.

Gesundheit und Frauen mit Behinderung

Im Dezember 2007 veranstaltete das Hessische Netzwerk behinderter Frauen in Kooperation mit dem Hessischen Sozialministerium und Ärztevertretungen eine Fachtagung zum Thema „Die gesundheitliche Versorgung von Frauen mit Behinderung“. Die 45-seitige Tagungsdokumentation kann als

Broschüre kostenlos bestellt werden beim Hessischen Netzwerk behinderter Frauen, Rita Schroll, Kölnische Str. 99, 34119 Kassel, Tel.: 05 61/7 28 85-22, E-Mail: bestellung@fab-kassel.de. Zum Download steht sie auf www.fab-kassel.de/hessisches/netzwerk.html unter dem Link „Unsere Angebote“.

Ratgeber zum AGG

Das Gleichbehandlungsbüro GBB Aachen und das Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V., haben einen mehrsprachigen Online-Ratgeber zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) entwickelt. Er steht auf www.AGG-Ratgeber.de.

Die Internetseite klärt leicht verständlich über Handlungsmöglichkeiten gegen rassistische Diskriminierung auf und informiert über rechtliche Vorgehensweisen gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Zugleich werden Hinweise für den Fall gegeben, dass der Gerichtsweg nicht sinnvoll erscheint.

Der AGG-Ratgeber ist zunächst in Deutsch und Türkisch abrufbar. Weitere Sprachen sollen im Laufe des Jahres folgen.



Kirschblüten – Hanami

Den Bayerischen Filmpreis hat er bereits gewonnen: Doris Dörries Film „Kirschblüten – Hanami“, der bei der Berlinale seine Weltpremiere hatte. Die 52-jährige Regisseurin und Buchautorin, die in Deutschland 1985 mit „Männer“ bekannt wurde, erzählt darin die Geschichte eines Paares und eines ungelebten Traums. Rudi, gespielt von Elmar Wepper, ist unheilbar an Krebs erkrankt. Seine Frau Trudi (Hannelore Elsner) weiß um das nahe Ende und beschließt auf Anraten des Arztes, noch etwas Schönes mit ihm zu unternehmen. Nachdem sich der Besuch bei den erwachsenen Kindern in Berlin als Flop erweist – man hat sich entfremdet –, fährt das Paar an die Ostsee. Dort stirbt dann ganz unerwartet Trudi. Von Maxi (Nadja Uhl), der Freundin seiner Tochter, erfährt Rudi, dass seine Frau offenbar aus Liebe zu

ihm und den Kindern etwas geopfert hat, das ihr sehr wichtig war: Ihre Leidenschaft zum japanischen Butohtanz hat sie nie gelebt. Und auch den Fujiyama und die japanische Kirschblüte hat sie nie gesehen. Nun reist Rudi nach Japan, um für Trudi (und für sich) das Versäumte nachzuholen.

„In Japan symbolisiert die Kirschblüte die Vergänglichkeit, Kürze, Zerbrechlichkeit, aber auch die Schönheit unseres Lebens“, hat Doris Dörrie zum Titel ihres Filmes gesagt. All diese Facetten leuchten auch in „Kirschblüten – Hanami“ auf (Hanami bedeutet soviel wie Blüten betrachten). Der bitteren Erkenntnis, dass das Leben allzu schnell vorüber sein kann und Verpasstes nicht nachzuholen ist, setzt er eine positive Botschaft entgegen: „Es ist nie zu spät, einen Traum zu vollenden und ein Leben zu beginnen.“ Und so bringt



der Tod Rudi und Trudi einander näher – näher vielleicht, als sie es zu Lebzeiten je waren.

www.kirschblueten-film.de

UB

Elternunterhalt: Wann zahlen Kinder für ihre Eltern?

Mithilfe des nur 112 Seiten umfassenden Ratgebers zum Elternunterhalt können sich sowohl Betroffene als auch BeraterInnen schnell und fachgerecht darüber informieren, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Höhe und wie lange Kinder ihren Eltern gegenüber zum Unterhalt verpflichtet sind. Er führt in die einzelnen

Problembereiche des Elternunterhaltes ein sowie in den Sozialhilferegress bei Verletzung der Unterhaltungspflicht und Schenkungen gegenüber Erben.

Der Ratgeber überzeugt mit hilfreichen Beispiel-Schilderungen, seinem systematischen Aufbau, der leicht verständlichen Sprache, einem Auszug der relevanten Gesetzestexte und ei-

nem kurzen aber präzisen Stichwortverzeichnis.

Finn Zwißler: „Elternunterhalt: Wann zahlen Kinder für ihre Eltern?“, **Walhalla Fachverlag, Regensburg, Berlin 2007, 6. aktualisierte Auflage, ISBN 9783802937897, 9,95 Euro.**

Britta Mengel

impresum



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN- 1866-1718

Telefon: 0 30/2 46 36-0 · Fax: -110

<http://www.der-paritaetische.de>

E-Mail: nachrichten@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Ulrike Bauer (0 69/67 06 232)

Martin Wißkirchen (0 30/2 46 36-311)

Titelbilder: Miroslaw, Steffen Hellwig (Pixelio), Connect Plus, Der Paritätische Thüringen, Wolfgang Radtke (kna)

Verantwortlich für die Landsseiten:

Berlin: Rita Schmid, Tel.: 0 30/86 00 1-0.

Brandenburg: Irene Dause,

Tel.: 03 31/28 49 7-0.

Bremen: Anke Teebken,

Tel.: 0 4 21/79 19 9-0.

Hamburg: Richard Wahser,

Tel: 040/41520151.

Hessen: Annette Wippermann,

Tel.: 0 69/95 52 62-0.

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke,

Tel.: 0 38 5/59221-0.

Sachsen: Ute Switala,

Tel.: 0 35 1/49 16 6-19.

Thüringen: Christian Stadali,

Tel.: 0 36 202/26-231.

Für Aufsätze und Berichte, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, trägt dieser die Verantwortung.

Die Redaktion behält sich Kürzungen von

Leserbriefen vor. Nachdruck nur mit

Genehmigung der Schriftleitung.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschritt von Herausgeber, Verlag, Redaktion

und Vertrieb: Der Paritätische – Gesamtverband,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft, Mainz, Kto-Nr. 70 39 500 (BLZ 550 205 00)

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,

Schwanheimer Straße 110,

60528 Frankfurt am Main.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Anzeigenverwaltung:

PARITÄTISCHE Verlags GmbH,

Oranienburger Straße 13-14,

10178 Berlin,

Tel.: 0 30/2 46 36-311,

Fax: 0 30/2 46 36-110,

E-Mail: verlag@paritaet.org.

13. Kinder- und Jugendhilfetag: Gerechtes Aufwachsen ermöglichen

„Gerechtes Aufwachsen ermöglichen“ lautet das Motto des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages in Essen. Er wird am 18. Juni von Norbert Struck, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe und Fachreferenten für Jugendhilfe des Paritätischen Gesamtverbandes, eröffnet. Die Veranstaltung dauert bis zum 20. Juni und gilt als Europas größter Fachkongress im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Der Paritätische ist aktiv an der Gestaltung beteiligt. An einem Messestand stellen der Gesamtverband, Landesverbände und Mitgliedsorganisationen ihre Arbeit vor. Zudem hat der Gesamtverband in Kooperation mit Landesverbänden und Mitgliedsorganisationen elf Fachforen zu den Schwerpunkten Bildung, Integration und Teilhabe organisiert. Die Titel lauten im Einzelnen:

- Fit für die Einwanderungsgesellschaft? – Anforderungen an die Kinder und Jugendarbeit in Deutschland;
- Demokratie auf dem Acker – Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern im ländlichen Raum;
- Die Kinder- und Jugendhilfe nach der Förderalismusreform;
- Unterstützende Wirkungen von Kom-

petenz-Check-Verfahren am Übergang Schule – Beruf;

- Berufsparcours als Chance zur größeren Teilhabe am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt trotz schlechter Bildungsvoraussetzungen;
- Gerechtes Aufwachsen durch Intercultural Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe;
- Bildung in Deutschland – Zu den Konsequenzen aus dem Bericht des UN-Sonderberichterstatters Vernor Munoz;
- Tagesmütternetz an den Gießener Hochschulen – eine gelungene Kooperation;
- Aus der Geschichte lernen – Erfahrungen mit Heimerziehung – Gestern und heute;
- Ermutigung im Konflikt – Teilhabe am Hilfeprozess von Kinder und Eltern bei der Einschätzung des Gefährdungsrisikos und der Hilfeplanung im Kinderschutz;
- Demokratische Grundorientierung und Qualitätsentwicklung in der Jugendhilfe.

Nähere Informationen gibt es im Internet unter www.agj.de in der Rubrik Veranstaltungen oder unter www.jugendhilfetag.de.

Berufsorientierung für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung und somit in den Beruf gestaltet sich für benachteiligte Jugendliche besonders schwer. Der Gesetzgeber hat mit dem am 1. Oktober 2007 eingeführten Paragraphen 33 des Sozialgesetzbuches III eine neue handlungsorientierte Programmatik geschaffen. Um die Berufswahlentscheidungen von Jugendlichen besser als bisher zu unterstützen, kann die Agentur für Arbeit Schüler und Schülerinnen an allgemein bildenden Schulen durch vertiefte Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung fördern.

Am 29. Mai 2008 werden im Rahmen

einer Fachtagung des Paritätischen Gesamtverbandes in Berlin konzeptionelle Ansätze zur vertieften Berufsorientierung von Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf diskutiert. Vorge stellt werden dabei auch Praxisbeispiele aus verschiedenen Bundesländern. Die Tagung findet im Centre Monbijou in der Oranienburger Straße 13-14 statt.

Interessierte erhalten nähere Informationen bei Kerstin Kruse, Fachreferentin für Jugendsozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband, unter Tel.: 0 30/2 46 36 436, E-Mail: jsa@paritaet.org.

Deutscher Fundraising-Kongress

Der Deutsche Fundraising-Kongress gilt mit rund 600 Teilnehmenden als größte und bedeutendste Fachveranstaltung zum Spendenwesen im deutschsprachigen Raum. Vom 16. bis 18. April 2008 dreht sich in Fulda in 18 ganztägigen Workshops und mehr als 70 Seminaren alles um die erfolgreiche Kommunikation mit (potenziellen) Spenderinnen und Spendern.

Im Mittelpunkt stehen in diesem Jahr Erkenntnisse über Motivation und Präferenzen von Spender/innen.

Veranstalter des Kongresses ist der Deutsche Fundraising Verband in Frankfurt. Er präsentiert das 36-seitige Kongressprogramm im Internet unter www.fundraisingkongress.de. Auch die Anmeldung ist online möglich.

Weitere Informationen gibt es auch beim Kongressbüro neues handeln GmbH,

Tel.: 02 21/1 60 82-0,

E-Mail:

info@fundraisingkongress.de.

Weiterbildung in der Angehörigenarbeit

Die Angehörigenberatung Nürnberg bietet eine Weiterbildung für SozialpädagogenInnen und Pflegekräfte zum Thema Angehörigenarbeit – insbesondere bei Angehörigen von Menschen mit Demenz – an. Sie beginnt am 17. April mit dem ersten Modul zu Grundlagen der Angehörigenarbeit. Bis zum 11. Juni folgen sechs weitere Seminarbausteine unter anderem zu Themen wie Aufbau von Gruppenangeboten für Angehörige, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation sowie Arbeit mit Ehrenamtlichen.

Nähere Informationen erhalten Interessierte bei der Angehörigenberatung Nürnberg, Adam-Klein-Straße 6, 90429 Nürnberg, Tel.: 09 11/26 61 26, E-Mail: info@angehoerigenberatung-nbg.de.